



Deutsches Institut
für Entwicklungspolitik
German Development
Institute

Jahresbericht 2007–2008

Inhalt

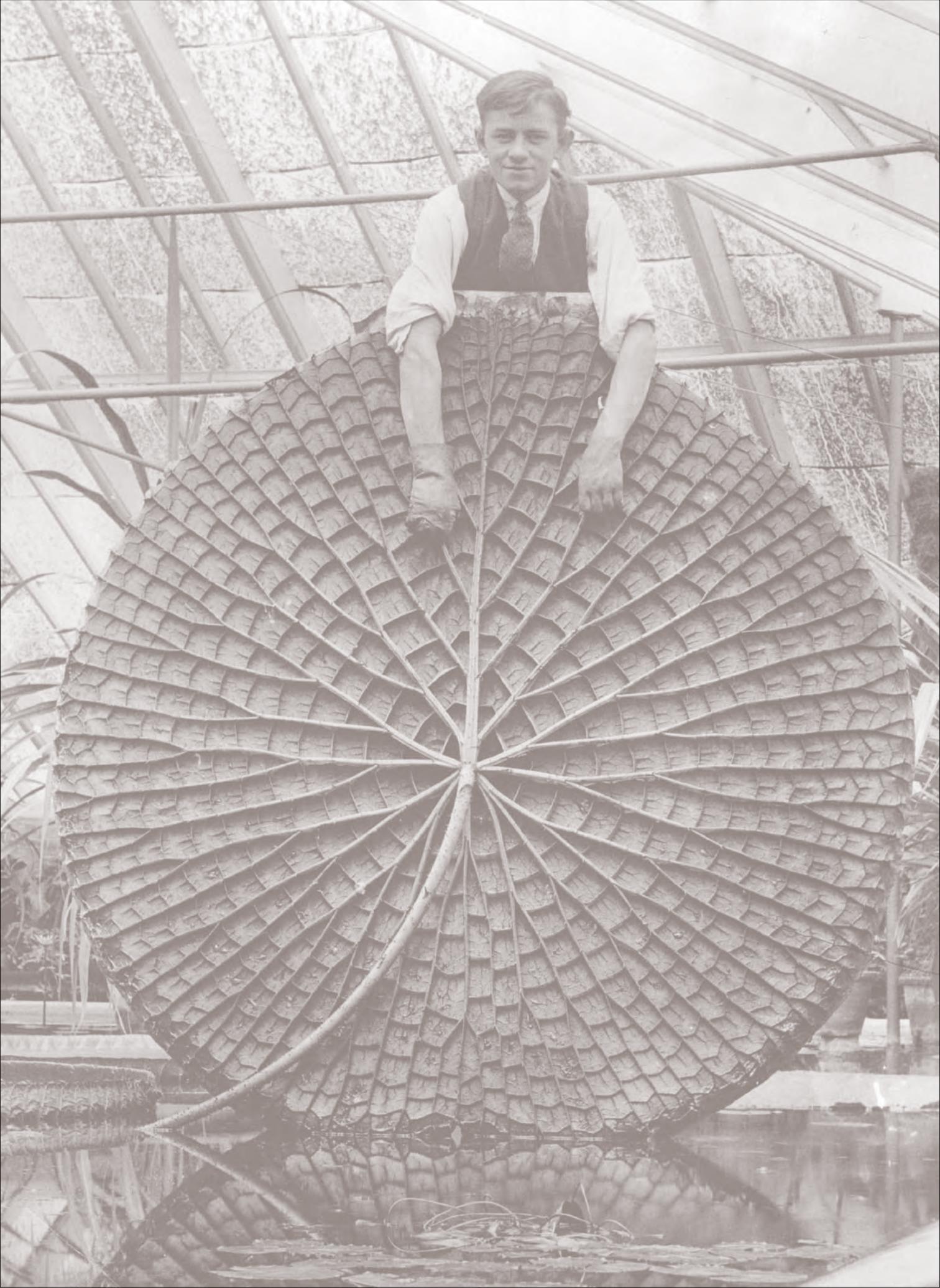
Forschung – Ausbildung – Beratung

- 4 **Vorwort** Dirk Messner
- Grußworte**
- 6 **Heidemarie Wieczorek-Zeul**
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
- 8 **Armin Laschet**
Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen
- 12 **Die Strategie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik**
- Beratung**
- 14 Politikberatung in der Entwicklungspolitik
- 16 Entwicklungspolitik der Bundesländer
- Abteilungen**
- 20 Abteilung Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik
- 24 Abteilung Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung
- 28 Abteilung Governance, Staatlichkeit, Sicherheit
- 32 Abteilung Umweltpolitik und Ressourcenmanagement
- 36 Abteilung Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung
- Arbeitsgruppen**
- 42 Arbeitsgruppe Global Governance und Entwicklungspolitik
- 44 Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika
- Ausbildung**
- 48 Postgraduierten-Programm
- 50 Global Governance School
- 56 **Personalentwicklung**
- Publikationen**
- 60 Studies
- 61 Discussion Paper
- 64 Analysen und Stellungnahmen
- 65 Externe Buchveröffentlichungen
- 68 **Organigramm**
- 69 **Kuratorium**
- 70 **Impressum**

Jahresbericht 2007–2008

*Brücken bauen zwischen
Theorie und Praxis.*

Intelligente
Lösungen sind oft
einfacher Natur.





Prof. Dr. Dirk Messner

Direktor

Dynamik und Veränderung kennzeichnen die derzeitige Entwicklung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Das Institut verdoppelte seit 2006 seine Mitarbeiterzahl auf etwa 100. Mit der *Global Governance School* (GGS), in der junge Führungskräfte aus Ankerländern trainieren, werden im Ausbildungsbereich neue Akzente gesetzt. Im Jahr 2007 bezog das Institut sein neues Domizil im Tulpenfeld 6. Zählt man die erfahrenen Forscherinnen und Forscher des Instituts und die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der GGS sowie dem Postgraduiertenprogramm „Entwicklungspolitik“ zusammen, so beschäftigen sich im DIE über 100 „Köpfe“ mit den Zukunftsfragen globaler Entwicklung. Zudem ist das Institut internationaler geworden: Menschen aus 12 Ländern arbeiten im Institutsteam, das Tulpenfeld ist eine attraktive Adresse für Gastwissenschaftler aus aller Welt und das DIE richtet regelmäßig mit Partnern aus seinem globalen Netzwerk Konferenzen aus, um gemeinsame Forschungsergebnisse sowie neue Herausforderungen an die

Entwicklungspolitik zu diskutieren und Beiträge zu deren Lösungen zu erarbeiten.

In der Beratung setzt das Institut Akzente, indem es seine entwicklungspolitischen Kernkompetenzen mit Expertise zu Dynamiken globaler Entwicklung verbindet. Einerseits ist offensichtlich, dass die Entwicklungspolitik durch beherrzte Reformen ihre Wirksamkeit in der kommenden Dekade nachprüfbar steigern muss. Afrika wird der Kontinent sein, auf dem dieser Nachweis erbracht werden muss. Andererseits verändern der Klimawandel, die Grenzen der fossilen Weltwirtschaft, die anstehende Neuordnung der internationalen Finanzmärkte, zunehmende globale Energie-, Land- und Wasserknappheiten, das ungelöste Problem der fragilen Staaten sowie rasante Veränderungen der internationalen Machtkonstellationen infolge des Aufstieges von China und Indien die Anforderungen an die internationale Zusammenarbeit nachhaltig. Das Jahr 2009 wird zeigen, ob der Schock der internationalen Finanzmarktkrise und die Sorge um die Stabilität von Weltwirtschaft

und -politik ausreichte, um Fortschritte auf wichtigen Reformbaustellen globaler Entwicklung – von den WTO-Verhandlungen bis zum Klimagipfel in Kopenhagen – einzuleiten und dabei auch die Interessen der Entwicklungs- und Schwellenländer zu berücksichtigen. Gelingt dies nicht, wird die zweite Dekade des 21. Jahrhunderts durch Instabilität, Unsicherheit und eine Renaissance von Machtkonflikten in einer multipolaren Welt charakterisiert sein. Dies wäre ein ungünstiges Umfeld für die internationale Entwicklungspolitik.

In Zeiten tief greifenden, turbulenten globalen Wandels wird Entwicklungspolitik „wissensintensiver“. Weichenstellungen stehen an, Neuorientierungen sind notwendig, Navigieren in unübersichtlichem Fahrwasser verlangt Weitsicht. Das DIE arbeitet eng mit deutschen, europäischen und internationalen Entscheidungsträgern zusammen, um durch die Kooperation zwischen Forschung und Praxis innovative und tragfähige Antworten auf zentrale Herausforderungen zu finden. Dieses vertrauensbasierte Zusammenspiel ist

auch wichtig, weil unabhängige Forschung und Beratung zuweilen zu für die Politik unbequemen Empfehlungen führen kann und soll.

Ein Vorwort ist auch eine Chance, um Dank zu sagen. Exzellente Forschung, Beratung und Ausbildung ist auf motivierte, kreative und teamorientierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Ohne vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen wäre der Expansionskurs des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik nicht möglich gewesen. Ratschläge unseres Kuratoriums haben wichtige Impulse gegeben. Und ohne die fruchtbare Kooperation mit unseren Partnerinstituten rund um den Erdball würde das Institut im eigenen, dann provinziellen Saft schmoren. Die erfolgreiche Arbeit des DIE hat also viele Mütter und Väter ... und es wäre schön, wenn dies so bliebe.



Heidemarie Wieczorek-Zeul

Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Entwicklungspolitik hat in den letzten Jahren nicht nur immer mehr an Bedeutung gewonnen, sie befindet sich auch im Wandel und sieht sich zunehmend neuen globalen Herausforderungen gegenüber. Wissenschaftliche Forschung und Beratung sind wichtige Schlüsselfaktoren, um diesen neuen Herausforderungen zu begegnen. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), als einzige wissenschaftliche Einrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), nimmt im nationalen und zunehmend im internationalen Kontext diese wichtige Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Politik wahr. Der vorliegende Jahresbericht spiegelt nicht nur die Spannweite der Themen wider, die das DIE in den letzten beiden Jahren bearbeitet hat, sondern zeigt auch, dass das Institut aktuell und zeitnah auf neue Entwicklungen und Herausforderungen mit herausragender wissenschaftlicher Expertise reagieren kann.

Gerade aus diesem Grund ist das DIE für das BMZ ein zentraler Partner. Innerhalb Deutschlands ist das DIE mittlerweile der größte und wichtigste Think Tank für Fragen der Entwicklungspolitik. Dies schafft gute Möglichkeiten zur Erforschung neuer Themen, zur Durchführung neuer Projekte sowie zur Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Sachverstand aus verschiedenen Bereichen der Entwicklungspolitik. Gleichzeitig wachsen auch die Möglichkeiten zur Vermittlung dieser Themen an die deutsche und internationale Öffentlichkeit. Gerade in Deutschland wird angesichts der oft emotional geführten Debatte um Sinn und Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit die Vermittlung von Informationen, Sachargumenten und wissenschaftlichen Erkenntnissen immer wichtiger.

Nicht nur die Bereiche Forschung und Beratung gehören zu den Aufgaben des DIE, sondern auch die Ausbildung von Nachwuchskräften für die deutsche

und internationale Entwicklungspolitik. Auch hier ist es dem Institut gelungen, sein Curriculum an die neuen entwicklungspolitischen und globalen strukturellen Herausforderungen anzupassen. Durch die *Global Governance School* ist das Angebot des Instituts zusätzlich erweitert worden. Junge Führungskräfte aus Wissenschaft und Praxis aus Ankerländern wie China, Indien, Brasilien und Südafrika arbeiten gemeinsam an Lösungen für globale Gegenwarts- und Zukunftsprobleme. Gerade die *Global Governance School* steht exemplarisch für die erfolgreiche Verknüpfung von Forschung und Ausbildung im Kontext neuer globaler Herausforderungen und Fragestellungen.

Jahresberichte landen für gewöhnlich nicht auf Bestsellerlisten. Trotzdem hoffe ich, dass der hier vorliegende Jahresbericht auf breites Interesse stößt und weite Verbreitung findet, damit die erfolgreiche Arbeit des DIE noch stärker ins öffentliche Bewusstsein rückt.



Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Der vorliegende Jahresbericht gibt einen ausgezeichneten Überblick über die vielfältigen Aktivitäten des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), einer Säule der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Landesregierung ist froh, dass dieses Institut seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen hat, dem deutschen Nord-Süd-Land.

Seit seinem Umzug von Berlin nach Bonn vor acht Jahren fördert das DIE sehr aktiv das gute Image Bonns als internationale Konferenzstadt und Knotenpunkt der entwicklungs- und umweltpolitischen Forschung. Dass dies in vorbildlicher Weise gelingt, liegt sicher auch an der Nähe zu den in Bonn ansässigen Organisationen der Vereinten Nationen.

Diese Nähe – ebenso wie die Nachbarschaft zu all den anderen entwicklungspolitischen Einrichtungen in Bonn – wecken immer wieder kreative Potenziale, die die deutsche Entwicklungspolitik in besonderer Weise bereichern. Das haben wir in der Vergangenheit häufiger erlebt. Ich denke da an die erste Bonner Kon-

ferenz für Entwicklungspolitik im vergangenen Jahr. Auf Einladung der Landesregierung kamen mehrere hundert Fachleute an den Rhein, um über den Stand der UN-Millenniumsziele zu diskutieren. Oder die diesjährige Metropolis-Konferenz zu den Themen Migration, Entwicklung und Integration.

All das sind Gründe, warum Nordrhein-Westfalen den weiteren Ausbau Bonns als Standort der internationalen Zusammenarbeit besonders unterstützt. Und es zeigt: Das mit 18 Millionen Menschen bevölkerungsreichste Bundesland ist sich seiner globalen Verantwortung bewusst und handelt entsprechend.

Dabei hat die Expertise des DIE eine besondere Bedeutung. So erstellte das Institut auf Initiative Nordrhein-Westfalens in diesem Jahr erstmals eine Studie zum entwicklungspolitischen Engagement der Bundesländer.

Darin plädiert das DIE für eine Konzentration seitens der Länder auf die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, auf langfristige Partnerschaften mit Entwicklungsländern, auf eine

Konzentration in den Feldern Wissenschaft und Technologie, und es plädiert nicht zuletzt auch für eine stärkere Zusammenarbeit mit den bei uns lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderern aus Entwicklungsländern. Nordrhein-Westfalen wird diese Empfehlungen Schritt für Schritt umsetzen, beispielsweise im Rahmen seiner neuen Partnerschaft mit Ghana.

Auch der neue DIE-Jahresbericht 2007–2008 bestätigt uns in unserem Engagement. Er macht ganz deutlich: In einer globalisierten Welt muss Entwicklungspolitik auch künftig eine wichtige Rolle spielen. Sie ist ein zentraler Beitrag zur Gestaltung einer Zukunft, in der die Bewahrung von Sicherheit und Frieden, wirtschaftliche Stabilität und die Eindämmung der Folgen des Klimawandels in enger Beziehung zueinander stehen.

Was das Institut neben seiner wissenschaftlichen Arbeit außerdem auszeichnet, ist die Tatsache, dass es seine Forschungsergebnisse mit großem Engagement nach außen trägt und so der Praxis zugänglich macht. Seine Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler be-

weisen immer wieder aufs Neue, dass sie nicht im viel zitierten Elfenbeinturm sitzen.

Mit seinem postuniversitären Ausbildungsprogramm zum Beispiel sorgt das DIE dafür, dass Jahr für Jahr Nachwuchskräfte ausgebildet werden. Fachleute, die nach Abschluss ihres Studiums wichtige Funktionen und Aufgaben in der Politik oder in der Wissenschaft übernehmen.

Auch weit über die Grenzen Deutschlands hinaus entwickelt das DIE Strahlkraft, etwa durch seine *Global Governance School*, die junge Nachwuchskräfte aus China, Indien, Indonesien, Südafrika, Ägypten, Brasilien und Mexiko ausbildet. So entstehen Praxis-Forschungs-Cluster und, vielleicht noch wichtiger, neue Netzwerke der Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler Ebene.

Ich danke dem DIE und den dort arbeitenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für die gute Arbeit der beiden letzten Jahre und wünsche ihnen für die Zukunft weiter viel Erfolg.

Nur wer eine eigene
Haltung einnimmt,
kann andere über-
zeugen.

Bild: Der Künstler Yue Minjun, bekannt für seine grinsenden Selbstportraits, vor seinem Werk
"Seen in the grass land" am 12.02.2006 in seinem Atelier in Peking



Die Strategie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) hat in den vergangenen drei Jahren eine Reformstrategie verfolgt, die aus vier Kernelementen bestand.

Wachstum: Die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte von 35 auf über 60 erhöht werden. Damit gehört das DIE zu den vier großen europäischen Entwicklungsforschungsinstituten und ist im internationalen Maßstab wettbewerbsfähig.

Internationalisierung: Lösungen für globale Entwicklungsprobleme lassen sich am besten in internationalen Teams erarbeiten. Das Institut betreibt deshalb seine Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungsaktivitäten in weltweiten Netzwerken, um Lernprozesse zu beschleunigen und globale Diskussionen in die deutsche Debatte einzubringen. Das Institut wirkt darüber hinaus mit eigenen Forschungsergebnissen sowie Beratungs- und Ausbildungsangeboten auf Prozesse in der internationalen Entwicklungsforschung und -politik ein.

Die Internationalisierungsstrategie des Institutes basiert auf einer Reihe von Elementen: Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler aus Entwicklungs- oder auch OECD-Ländern finden am DIE ein attraktives Umfeld. Forschungs- und Ausbildungsprogramme werden in der Regel mit internationalen Partnern durchgeführt. DIE-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler engagieren sich in internationalen Expertennetzwerken wie dem *Global Development Network* (GDN) oder der *European Association of Development Research and Training Institutes* (EADI). In der *Global Governance School* des DIE werden junge Führungskräfte aus China, Indien, Brasilien, Südafrika, Mexiko, Ägypten und Indonesien für zukünftige Aufgaben im Feld der globalen Entwicklung vorbereitet. Das DIE ist so zu einem wichtigen Knotenpunkt im globalen Netzwerk der Entwicklungsforschungsinstitute geworden.

Exzellenz in Forschung, Beratung und Ausbildung: Exzellente Forschung ist am DIE die Voraussetzung für anspruchsvolle Politikberatung, für die

Ausbildung zukünftiger Führungskräfte und für Trainings- und Dialogveranstaltungen mit entwicklungspolitischen Praktikern und Entscheidungsträgern. Aber exzellente Forschung übersetzt sich nicht automatisch in exzellente Beratung und Ausbildung. Ein kluger wissenschaftlicher Aufsatz in einer Fachzeitschrift ist für die Reputation als Wissenschaftlerin und Wissenschaftler und auch Berater durchaus wichtig, aber selten unmittelbar für Entscheidungsträger hilfreich. DIE-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen daher über ihre akademischen Qualifikationen hinaus praxisorientierte Beraterinnen und Berater sein, denen es gelingt, aus komplexen Sachverhalten konkrete Politikempfehlungen zu entwickeln, neue oder oft unüberschaubare wissenschaftliche Erkenntnisse in Orientierungswissen zu übersetzen, mit Entscheidungsträgern unter großem Zeitdruck zu kommunizieren, alternative Politikoptionen anzubieten, ohne besserwisserisch zu wirken, und Zukunftsfragen aufzuwerfen, mit denen sich die Politik beschäftigen sollte, bevor die nächste Krise ausbricht.

Ähnliches gilt für die Ausbildungsangebote des DIE. Auch hier sind die Forschungsleistungen Grundvoraussetzung für eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Doch was das Besondere an den DIE-Ausbildungs-, Fortbildungs- und Dialogangeboten für zukünftige, junge und gestandene Führungskräfte und Entscheider ausmacht, ist die Verbindung von Wissenschaft und Praxis. Es geht am DIE nicht um Demokratietheorien an sich, sondern darum, wie man aus ihnen praxisrelevante Schlussfolgerungen für die entwicklungspolitische Demokratieförderung ziehen kann. Und finanztheoretische Modelle sind erst dann hilfreich, wenn sie Ansatzpunkte zur Bewältigung in Krisenzeiten geben. Oft helfen theoretische Konzepte, um Probleme aus der Praxis durch unterschiedliche Brillen zu interpretieren und so Handlungsoptionen auszuleuchten. Oft genug sind es aber auch Erfahrungen aus der Politikberatung, die Impulse für die DIE-Forschung geben. Der Wissenschaftsrat, „Qualitäts-TÜV“ des deutschen Wissen-

Qualitätssicherung durch den Blick von außen:

Die Evaluierung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) durch den deutschen Wissenschaftsrat bestätigt die Strategie des Instituts.

In dem Evaluierungsbericht von 2007 heißt es:

„Die hochwertigen, praxisnahen und theoretisch ambitionierten Forschungsarbeiten sind grundlegend für die Beratungs- und Ausbildungsleistungen des DIE. (...) Auch auf internationaler Ebene ist es dem DIE gelungen, mit seinen Forschungen beträchtliche Aufmerksamkeit zu finden. (Es) gelingt dem DIE auf eindrucksvolle Weise, die Forschungs-

Beratungs- und Ausbildungsaufgaben zu integrieren. Nicht zuletzt durch die erfolgreiche Verbindung von anwendungsorientierter Forschung und Theoriebildung mit praktischen Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit hat sich das DIE zu einer wichtigen Beratungseinrichtung für zahlreiche Nutzer entwickelt. (...)

Besonders positiv hervorzuheben ist die Auseinandersetzung des DIE mit Problemen und Konzepten von wissenschaftlicher Beratung sowie der Weiterentwicklung von Methoden zum Transfer von Forschung in hochwertige Beratungsleistungen.“

schaftssystem, hat dem DIE im Jahr 2007 bescheinigt, dass es seinem Anspruch, Exzellenz in Forschung, Beratung und Ausbildung zu erreichen, sehr gut gerecht wird.

Zukunftsweisende Themen: Auch thematisch hat das Institut in den vergangenen Jahren neue Akzente gesetzt. Forschungs- und Beratungsaufgaben zu Entwicklungsprozessen und -problemen in Afrika, Lateinamerika und Asien sowie Anforderungen an die Entwicklungspolitik, um Beiträge zu wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung in Partnerländern zu leisten, bilden weiterhin die Kernkompetenz. Verstärkt hat das Institut darüber hinaus seine Arbeiten zu globalen Entwicklungsprozessen. Dazu gehören der Klimawandel, die Grenzen der fossilen Weltwirtschaft, das Phänomen scheiternder Staaten, Demokratisierung als Voraussetzung für internationale Kooperation und *Global Governance* sowie nicht zuletzt der Aufstieg von China und Indien sowie anderer Ankerländer wie Südafrika und Brasilien zu Motoren des globalen Wandels.

Der Grund für diese Öffnung der Perspektive ist einfach: In der Epoche der Globalisierung sind die Entwicklungen nationaler Gesellschaften immer enger mit globalen Prozessen verwoben. Überwindung von

Armut in Afrika ist ohne die Bekämpfung des Klimawandels, ohne ein nachhaltiges Weltenergiesystem und ohne die Stabilisierung internationaler Finanzmärkte kaum vorstellbar. Entwicklungspolitik muss daher als Teil von *Global Governance*-Initiativen konzipiert werden. Das Zusammenspiel von Entwicklungspolitik mit einer anderen außenorientierten Politik gewinnt an Bedeutung. Dies sind die Lehren aus der Globalisierungsdiskussion der vergangenen zwei Dekaden.

Der Aufstieg der Ankerländer verweist zudem auf eine zweite Phase der Globalisierung, die durch tektonische Machtverschiebungen geprägt ist. Die Nord-Süd- sowie die Süd-Süd-Beziehungen verändern sich tief greifend, die Gravitationszentren der Weltwirtschaft verschieben sich von Westen nach Osten. Mit China und Indien entstehen Gesellschaften, die „arm, aber mächtig“ sind. In den kommenden Jahren stehen also wichtige Weichenstellungen in der internationalen Kooperation an, weshalb das Institut zunehmend auch Szenariotechniken einsetzt, um Grundlagen für Weitsicht in der Politik zu schaffen.

Mit diesen Themen sind zentrale Trends und Herausforderungen benannt, die die Zukunft der Entwicklungspolitik und die Arbeiten des DIE prägen werden.

Politikberatung in der Entwicklungspolitik

Die Bundesregierung, die entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen, das Parlament, die Europäische Union sowie ausländische Organisationen erwarten vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) Expertisen, die dem neuesten Stand des Wissens entsprechen. Erwartet werden zudem Anstöße durch das DIE, um neue Erkenntnisse der Wissenschaft in den politischen Prozess einzuspeisen und theoretisches Know-how in anwendungs- und politikrelevantes Wissen zu „übersetzen“ und damit den vielbeschäftigten Entscheidern Orientierungs- und Interpretationswissen bereitzustellen.

Das DIE ist sich in seiner entwicklungspolitischen Beratung immer bewusst, dass die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung nicht eins zu eins in Politik übersetzt werden können. Politische Entscheidungs- und gesellschaftliche Lernprozesse folgen keinem linearen Muster. Jedermann weiß um politische Machtkämpfe, Verhandlungsprozesse und institutionelle Blockaden. Neue Leitbilder und Deutungsmuster entstehen nur in langen Zeiträumen und in Prozessen, in denen die wissenschaftsbasierte Politikberatung

einer von vielen Akteuren ist.

Auch deshalb ist die Beratung des DIE darauf ausgerichtet, über die Tagespolitik hinaus zu denken, Orientierungswissen anzubieten sowie langfristige Trends frühzeitig zu erkennen und Zukunftsthemen im Sinne eines „Agenda Setting“ in die wissenschaftliche und politische Diskussion einzubringen. Hier zwei aktuelle Beispiele aus der „Beratungswerkstatt“ des DIE:

Ankerländer:

Noch bevor der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und Indiens in die Schlagzeilen geriet, hat das DIE in ersten Analysen empfohlen, die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, die für ihre Region oder für die Welt politisch, wirtschaftlich und umweltpolitisch von wachsender Bedeutung sind, auf eine neue Grundlage zu stellen. Ohne diese sogenannten Ankerländer, so die Hypothese, werden sich globale Entwicklungsprobleme nicht lösen lassen. Sie müssen deshalb verstärkt für die Kooperation in multilateralen Prozessen gewonnen und die bilaterale Zusammenarbeit muss ihrer wachsenden Bedeutung gerecht werden. Seither

Aus wissenschaftlichen Erkenntnissen politikrelevantes Wissen schaffen:

„Doing Business-Reformen“ – Wesentliche Faktoren zur Stärkung wirtschaftlicher Dynamik in Entwicklungsländern:

Zu diesem zentralen Beratungsthema arbeitet das DIE mit der Weltbank, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und UNIDO zusammen.

Umsetzung der Paris Agenda durch die deutsche Entwicklungspolitik:

Im Auftrag des BMZ und im Rahmen eines OECD-weiten

Evaluierungsprogramms zur Analyse der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erstellte ein Team des Instituts im Jahr 2007 ein Gutachten zu diesem Kernthema der Entwicklungspolitik.

Finanzmarktstabilität in Ankerländern:

In Kooperation mit der Weltbank, der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank führen das DIE und InWEnt Dialogveranstaltungen mit Entscheidungsträgern aus Europa, China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika durch.

haben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und andere Ressorts auf der Basis einer ganzen Serie analytischer Arbeiten des DIE ihre Zusammenarbeit mit den Ankerländern angepasst. Neue Dialogprozesse „auf Augenhöhe“ wurden initiiert und ein maßgeschneidertes Trainings- und Dialogprogramm für junge Führungskräfte aus ausgewählten Ankerländern – die *Global Governance School* im Rahmen von *Managing Global Governance* – wurde am DIE, in Zusammenarbeit mit InWEnt, implementiert. Das Institut hat seine Forschungs- und Beratungsnetzwerke in China, Indien, Brasilien, Mexiko, Südafrika, Ägypten und Indonesien stark ausgebaut, um nicht nur über fundamentale Veränderungen in den Süd-Süd- und Nord-Süd-Beziehungen zu arbeiten, sondern diese Analysen mit Akteuren vor Ort voranzutreiben.

Klimawandel, Sicherheit und Entwicklung:

Der vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) unter maßgeblicher Beteiligung des Deutschen Instituts für

Entwicklungspolitik vorgelegte Report „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ (2007) hat die nationale und internationale wissenschaftliche sowie politische Diskussion um die Auswirkungen des Klimawandels auf globale Entwicklung und internationale Stabilität nachhaltig beeinflusst. WBGU-Beiratsmitglied und DIE-Direktor Prof. Dr. Dirk Messner diskutierte als verantwortlicher Koordinator und als einer der Hauptautoren des Gutachtens die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, internationaler Sicherheit und den Prozessen globaler Entwicklung mit wichtigen Entscheidungsträgern in Deutschland und im internationalen Kontext. Unterstützt wurde er durch Steffen Bauer und vielfältige Regionalexpertisen des Instituts. Die Ergebnisse des Reports wurden im Auswärtigen Amt, beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und bei den Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungspolitik ebenso verankert wie in einem Positionspapier der EU-Kommission und der Europäischen Staats- und Regierungschefs zur Europäischen Sicherheitsstrategie, das Anfang 2008 veröffentlicht wurde. Von Vertretern der Weltbank, der Vereinten Nationen und wichtigen internationalen Think Tanks wie der *Brookings Institution* in Washington oder TERI in New Delhi wurde das Gutachten zudem als weltweit erste umfassende Studie zu den Zusammenhängen zwischen Klimawandel und internationaler Sicherheit gewürdigt.

Darüber hinaus wurden am DIE 2008 zwei neue Vorhaben zum Thema Klimawandel begonnen: ein BMZ-finanziertes Forschungsprojekt, das sich schwerpunktmäßig mit konzeptionellen Fragen der Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern befasst, sowie ein Beratungsvorhaben zur Vermeidung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung, das unterschiedliche Möglichkeiten zur Integration dieses Themenkomplexes in das zukünftige Klimaregime ab 2012 erörtert.

„Sustainable Solutions through Research“:

Für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) entwickelt das DIE Strategien, um die Forschungs- und Technologiekooperationen mit Schwellenländern in zentralen Felder nachhaltiger Entwicklung voranzutreiben.

Umgang der Entwicklungspolitik mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren: Für das BMZ erarbeitete das DIE Handlungsoptionen für Stabilisierungsstrategien in Konfliktstaaten.

Entwicklungspolitik der Bundesländer

Angesichts der internationalen Debatte über eine effektivere Entwicklungszusammenarbeit stellt sich die Frage, welche Rolle die deutschen Länder mit ihren Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit spielen können und sollen. Zurückgehend auf eine Anfrage des DIE-Gesellschafters Nordrhein-Westfalen stellt das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in einem *Discussion Paper* die Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer in einem sich rasch verändernden internationalen Umfeld zur Diskussion. Wenn schon die großen nationalen Geber sich mit dem Gedanken anfreunden müssen, einem anderen Geber in einem Entwicklungsland und einem Sektor den Vortritt zu lassen, weil eine Überzahl an Gebern und Projekten die Koordinationskapazität des Partnerlandes überfordert und damit Entwicklung eher behindert als fördert, dann stellt sich erst recht die Frage, ob es überhaupt noch zeitgemäß ist, wenn neben dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den nationalen Durchführungsorganisationen noch sechzehn Bundesländer ihre je eigene Entwicklungspolitik mit unterschiedlichen Konzeptionen, Projekten und administra-

tiven Strukturen verfolgen. Die Antwort fällt keineswegs leicht. Der Hinweis darauf, dass die Länder immerhin gut zehn Prozent zu den staatlichen deutschen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) beitragen, hilft nicht weiter, denn der größte Teil dieses Beitrags (über 90 %) ergibt sich rein rechnerisch aus den Studienplatzkosten, die sich aus dem Anteil der Studenten aus Entwicklungsländern an der Gesamtzahl der Studenten errechnen lassen. In diesen Zahlen manifestiert sich kein spezielles entwicklungspolitisches Engagement der jeweiligen Landesregierung, allenfalls die relative Offenheit der Hochschulen des Landes für Studenten aus Entwicklungsländern.

Es bedarf also einer guten Begründung des entwicklungspolitischen Engagements der Bundesländer. Nach wie vor unbestritten und in der Kulturhoheit der Länder verankert ist ihr entwicklungspolitischer Bildungsauftrag. Gerade in einer Zeit, da die Entwicklungszusammenarbeit im Zuge der Abkehr von Projekthilfe und der Hinwendung zu Budgethilfe und Politikdialog mit den Partnerregierungen immer abstrakter und für den Normalbürger kaum noch nachvollziehbar wird, ist eine entwicklungspolitische Bildung und Öffentlichkeits-

Mitarbeit in nationalen und internationalen Beratungsgremien:

Das Team des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik wirkt in vielen hochrangigen Gremien der Politikberatung mit, z. B. durch Beiträge zur unabhängigen Evaluierungseinheit der Weltbank, die Mitarbeit im Beirat „Zivile Krisenprävention“ der Bundesregierung, im „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“, den „Global Agenda Councils“ des *World Economic Forum*, der „*Commission on Science and Technology*“ der UN, dem „*International Council for Development and Environment*“ der chinesischen Regierung.

arbeit von größter Bedeutung, welche die neuesten Erkenntnisse über die Zusammenhänge von Globalisierung, weltwirtschaftlichen Gewichtsverlagerungen und Klimawandel berücksichtigt und die sich daraus ergebenden Aufgaben für eine zeitgemäße Entwicklungspolitik im Sinne globaler Strukturpolitik reflektiert. Angesichts der zunehmenden globalen Herausforderungen, die nur noch im kooperativen Zusammenwirken vor allem mit den aufstrebenden Ankerländern bewältigt werden können, kommt auch der personellen Zusammenarbeit der Länder, also dem Angebot von Aus- und Fortbildungsprogrammen, von Dialogveranstaltungen und Austauschprogrammen für Fach- und Führungskräfte aus diesen Ländern eine wichtige und weiter zunehmende Bedeutung zu.

Darüber hinaus sollten es die Bundesländer als ihre Aufgabe ansehen, die entwicklungsländerbezogene Forschung sowohl in den Natur- als auch in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu fördern, zumal Deutschland gerade bei der Entwicklungsländerforschung im Vergleich zu Großbritannien oder Frankreich viel weniger Kapazitäten aufweist. Angesichts der zunehmenden

weltwirtschaftlichen Bedeutung der aufstrebenden Ankerländer ist ein Nachholbedarf auch bei der Vernetzung der deutschen Forschungseinrichtungen mit vergleichbaren Forschungsinstitutionen in den Ankerländern und den Entwicklungsländern generell erkennbar. In der Förderung der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit Ankerländern und Entwicklungsländern sollten die Bundesländer eine Kernaufgabe im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik sehen.

Angesichts ihrer begrenzten personellen und finanziellen Kapazitäten für Entwicklungszusammenarbeit sollten die Länder sich auf wenige Partnerländer (oder Partnerprovinzen in einem größeren Land) konzentrieren und mit diesen langfristige Partnerschaften eingehen, auf deren Grundlage sich vielfältige Beziehungen auf gleicher Augenhöhe zwischen Kommunen und (Hoch-)Schulen, zwischen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf beiden Seiten entwickeln können. Dabei kann auch die Diaspora des jeweiligen Partnerlandes im Sinne einer konstruktiven Verknüpfung von Integrations- und Entwicklungspolitik einbezogen werden.



Dr. Jürgen Wiemann

Stellvertretender Direktor



Internationalität
und Exzellenz sind
nichts ohne die
Menschen, auf die
es ankommt.

Bild: Hans Schlegel während seines ersten Außeneinsatzes an der ISS (Archivfoto vom 13.02.2008)

Wirksamkeit der Entwicklungspolitik

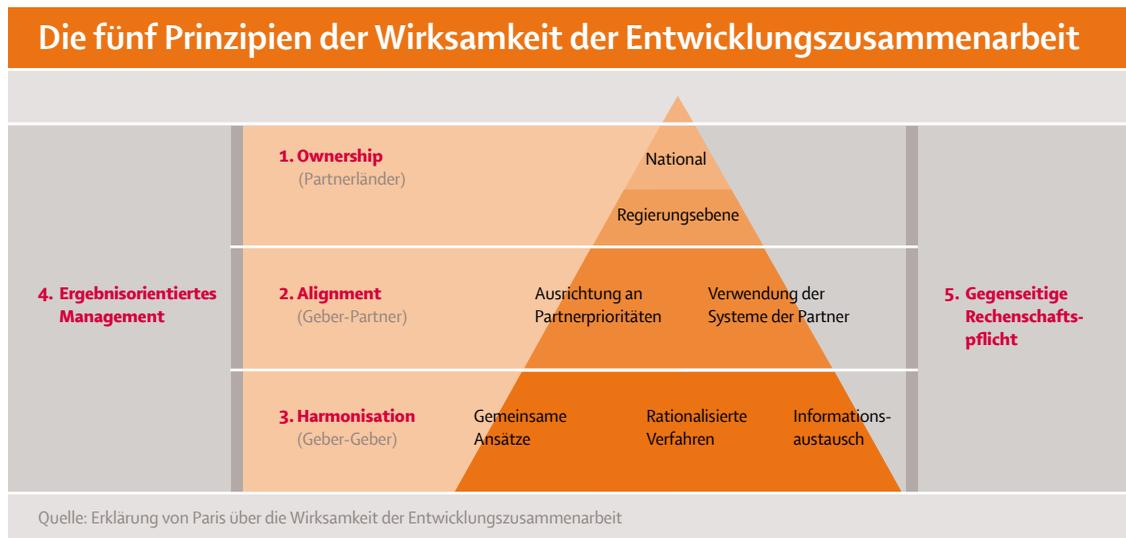
Die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik ist die zentrale Anforderung an Akteure auf Geber- wie auf Partnerseite. Sie ist damit ein wichtiger Untersuchungsgegenstand für das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Doch wo ist das Neue an der Diskussion um die Wirksamkeit? Schließlich findet sich schon im Pearson-Bericht zur Internationalen Entwicklung von 1969 (!) der Hinweis auf zu verbessernde Wirksamkeit. Aber erst ab 1990 – mit dem Ende des Kalten Krieges – sind in der internationalen Kooperation tatsächlich neue Spielräume für eine konsequente Wirkungsorientierung der Entwicklungszusammenarbeit entstanden. Erst seit der Jahrtausendwende gibt es global einen weitgehenden Konsens über die Anforderungen an eine wirkungsvolle Entwicklungspolitik: mit der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000 zu ihren Zielen, mit der Konferenz von Monterrey 2002 zu ihrer Finanzierung und mit der Paris-Erklärung von 2005 zu Prinzipien und Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit.

Wenn Akteure der Entwicklungszusammenarbeit nach der Wirksamkeit ihres Handelns gefragt werden, nennen sie häufig beeindruckende Zahlen mit Blick auf Umfang und Wirkung der Hilfe zugunsten einer bestimmten Bevölkerungsgruppe oder in einer spezifischen Region. Doch selbst wenn einzelne Projekte oder Programme im Hinblick auf die unmittelbaren Projekt- und Programmziele sehr wirksam waren, lässt sich paradoxerweise häufig feststellen, dass sich die Gesamtentwicklung des Partnerlandes nicht messbar verbessert oder sogar verschlechtert hat. Dementsprechend bemühen sich die Geber zunehmend, den Fokus ihrer Aktivitäten weg von Einzelprojekten hin zu einem umfassenden Dialog mit den Partnerländern über Inhalte und Umsetzung ihrer eigenen Entwicklungsstrategien und Politiken zu lenken.

Die Ergebnisse der intensiven Diskussion um die Modalitäten von Entwicklungszusammenarbeit, d. h. die Art, wie Hilfe gegeben wird, sind vor allem in der

Mit der Paris-Erklärung von 2005, bekräftigt in Accra 2008, einigte sich die internationale Gemeinschaft auf Normen und Verfahren in der Entwicklungszusammenarbeit und schuf so globale Standards. Sie soll die Eigenverantwortung der

Partnerländer stärken und diese durch die nötige Koordination der Geber entlasten. Die Paris-Erklärung wurde bisher von rund 30 Geberstaaten, 25 multilateralen Organisationen und rund 90 Entwicklungsländern unterzeichnet.



Paris-Erklärung kodifiziert worden. Die Forschungs- und Beratungsaktivitäten des DIE im Themenfeld "Wirksamkeit der Entwicklungspolitik" haben sich insbesondere auf die Umsetzung dieser Paris-Agenda und die Frage der Wirksamkeit neuer Modalitäten und Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit konzentriert.

Budgethilfe als eines dieser Instrumente ist ein wichtiger Baustein erhöhter Wirksamkeit, der aus der Paris-Erklärung abgeleitet werden kann, aber nach wie vor kontrovers diskutiert wird – sowohl zwischen Gebern als auch zwischen Exekutive und Legislative auf deutscher wie auf europäischer Ebene. Das DIE hat sich ausführlich mit dem Instrument Budgethilfe befasst, in seinen Veröffentlichungen, Stellungnahmen und Beratungsleistungen sowie in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion. Die Arbeiten zeigen, dass Budgethilfe kein Blankoscheck an Partnerregierungen ist, sondern an Mindeststandards

bezüglich der Qualität der Regierungsführung in den Partnerländern, insbesondere im Bereich des öffentlichen Haushaltswesens geknüpft ist. Budgethilfe muss durch begleitenden Aufbau von Planungs- und Umsetzungskapazitäten, einen intensiven Politikdialog sowie konsequente gegenseitige Rechenschaftslegung unterstützt werden. Die Abwicklung von Geberbeiträgen über die politisch-administrativen Strukturen der Partnerländer kann somit die Umsetzung nationaler Entwicklungsstrategien direkt fördern. Zugleich kann Budgethilfe durch eine Entlastung der Verwaltungskapazitäten im Partnerland zur stärkeren Wirkungsorientierung staatlichen Handelns und der Entwicklungskooperation beitragen. Dabei diskutieren beide Seiten verstärkt die politische Rahmensetzung und weniger einzelne Schritte auf dem Weg zu einem gemeinsam vereinbarten Ziel. Gleichzeitig beinhaltet das Instrument aber auch treuhänderische und politische Risiken, die jeweils für den

Einzelfall sorgfältig bewertet und abgewogen werden müssen. Insgesamt bieten Budgethilfen große Chancen für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit und verbesserte Anreizwirkungen auf beiden Seiten der Kooperationsbeziehung. Diese Anreizwirkungen im Einzelnen besser zu verstehen und effektiv auszugestalten ist Gegenstand der weiteren Forschungsagenda des DIE in diesem Themenfeld.

Jenseits der Instrumentenebene besteht ein grundlegendes Problem der Entwicklungszusammenarbeit paradoxerweise in der großen Zahl von Gebern. Denn der Koordinationsaufwand für Partnerländer kann enorm sein, wenn – wie z. B. in Subsahara-Afrika üblich – in einem Land über 30 bi- und multilaterale Geber, einschließlich einer zunehmenden Zahl globaler Fonds zu besonderen Themen sowie große private Stiftungen aktiv sind.

Die Paris-Erklärung will das Problem der großen Geberzahl indirekt lösen, nämlich durch Harmonisierung

der unterschiedlichen Geberverfahren. Bei anhaltend hoher oder noch wachsender Geberzahl ist dieser Ansatz allerdings kompliziert und zeitraubend. Eine Alternative besteht in der Verringerung der Zahl der in einzelnen Partnerländern und dort in einzelnen Sektoren tätigen Geber durch Arbeitsteilung. Zu einem entsprechenden Beschluss hat sich bislang nur die EU durchgerungen. Aufbauend auf Vorarbeiten des DIE 2007 hat die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft den „Verhaltenskodex für Komplementarität und Arbeitsteilung in der Entwicklungspolitik“ beschlossen, der in Abstimmung mit den Partnerländern eine Arbeitsteilung der EU-Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission entsprechend ihren jeweiligen komparativen Vorteilen vorsieht. Die Umsetzung wird alle Beteiligten noch vor große Herausforderungen stellen.

Mit Blick auf die breitere Agenda von Paris hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, ausgehend

Wirksamkeit als alte und neue Herausforderung der Entwicklungspolitik

„In vielen Ländern, die Entwicklungshilfe leisten, hält sich hartnäckig der Verdacht, dass die gewährte Auslandshilfe sehr oft vergeudet wird und die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Empfängerländer nur wenig beeinflusst.“ **(Pearson-Bericht 1969, 204)**

„Obwohl viele Aspekte der internationalen Entwicklungshilfe heiß debattiert werden, scheint eine Ansicht bei Beobachtern des Entwicklungshilfe-Systems (auch bei den Entwicklungsagenturen selbst mit Blick auf ihre eigenen Aktivitäten) nahezu

universelle Zustimmung zu erfahren, nämlich die, dass das bestehende System nicht sehr gut funktioniert.“ **(William Easterly, 2008: Reinventing Foreign Aid, 2)**

„Festgestellt werden kann, dass Klarheit der Verantwortung und der Verantwortlichkeit, Professionalität und wirksame Koordinierung grundlegend sind für das ordentliche Funktionieren jedes Systems.“ **(Effective Aid Management: Twelve Lessons from DAC Peer Reviews. DAC Development Co-operation Report 1/2007, 42)**

von Daten für 2005, noch einen beträchtlichen Weg zurückzulegen, um die vereinbarten Zielmarken bis 2010 zu erreichen. Die Abteilung hat 2007/08 im Rahmen einer breit angelegten internationalen Evaluierung, an der insgesamt elf Geberländer bzw. multilaterale Organisationen und zehn Partnerländer beteiligt waren, die Umsetzung der Paris-Erklärung durch deutsche Entwicklungsorganisationen unter-

sucht. Das Evaluierungsteam stellte beachtliche Anstrengungen zur Umsetzung der Paris-Erklärung bei allen untersuchten Akteuren fest. Gleichwohl erschwert die institutionelle Fragmentierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor die konsequente Abstimmung der Fördermaßnahmen untereinander sowie mit den Partnerländern und anderen Gebern.

Abteilung Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik

Die Abteilung „Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik“ befasst sich aus der Perspektive „Verbesserung der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik“ u. a. mit folgenden Themen: (i) Reformbedarf der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), (ii) Wirksamkeit

neuer Instrumente der EZ, (iii) Europäische Politik für globale Entwicklung, (vi) Reform der EZ der Vereinten Nationen, (v) Szenarien künftiger Entwicklungspolitik, (vi) Kohärenz zwischen Entwicklungspolitik und anderen Politiken.



Metallplastik „Integration“ von Hans Dieter Bohnet, Bonn

Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung

Inwieweit sich Länder erfolgreich entwickeln und Armut reduzieren können, hängt vom Wirtschaftswachstum ab und von der Verteilung der damit verknüpften Einkommenszuwächse. Ländervergleiche und Zeitreihenanalysen zeigen, dass wirtschaftliches Wachstum Armutsbekämpfung begünstigt, wenn auch die Einkommen der Armen in der Mehrzahl der Länder langsamer steigen als die Durchschnittseinkommen. Die größten Erfolge beim Abbau der Armut hatten Länder, deren Wirtschaft über längere Phasen stark gewachsen ist, wie China, Malaysia oder Chile.

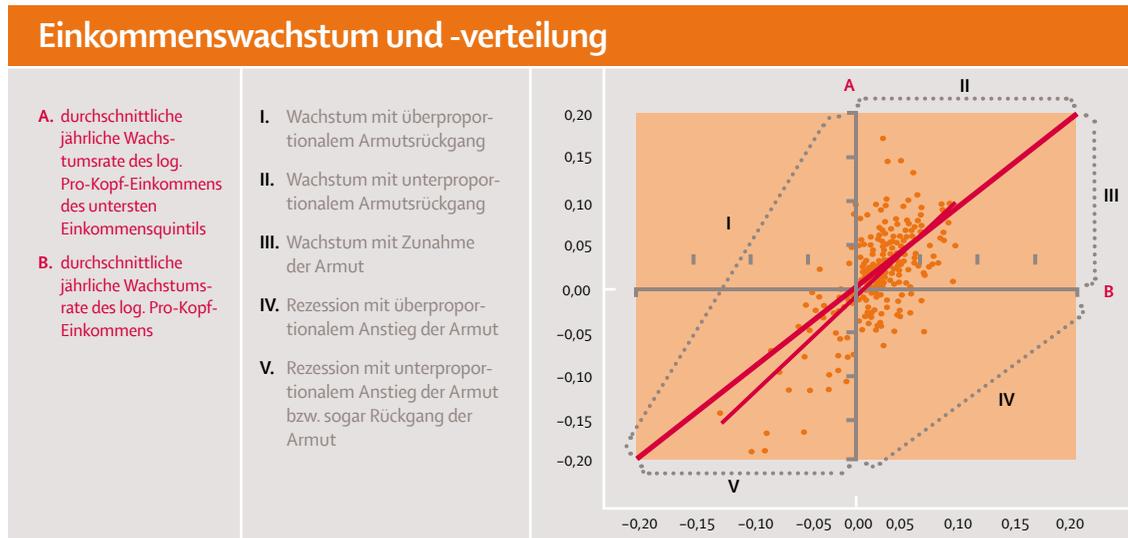
Wirtschaftliches Wachstum ist dauerhaft nur zu erreichen, wenn es gelingt, wesentliche Teile der heimischen Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen, Einfuhren durch nationale Erzeugnisse zu ersetzen und die Ausfuhren zu steigern. Die Barrieren, um international wettbewerbsfähig werden zu können, werden im Zuge der Globalisierung höher. Die Spezialisierung und Wissensorientierung der Wirtschaft

nimmt zu, zertifizierte Standards werden wichtiger und beträchtliche Mindestgrößen werden erwartet. Viele kleine und weniger effiziente Produzenten werden aus dem Markt gedrängt. Aus entwicklungspolitischer Sicht gilt es, einen möglichst großen Teil der Erwerbsbevölkerung und der Unternehmen in die Lage zu versetzen, die Herausforderungen moderner Produktionssysteme zu meistern.

Die Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung“ des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) erforscht die Wechselwirkungen zwischen Wachstum, Verteilung und Armut und untersucht, welche Politiken und Geberansätze breitenwirksames Wachstum fördern. Das DIE entwickelt hierzu konkrete Umsetzungsvorschläge und berät in diesen Fragen bilaterale Entwicklungsagenturen wie die GTZ und die KfW sowie internationale Organisationen wie UNCTAD und UNIDO. Die enge Interaktion mit Anwendern von Politikkonzepten erhöht dabei

Für einen längerfristigen Abbau von Einkommensarmut ist Wachstum notwendig, wenngleich nicht hinreichend. In vielen Ländern steigen die Einkommen der Armen auch bei hohen Wachstumsraten nur wenig oder sinken sogar. Nichtökonomische Aspekte

von Armut (Gesundheit, Bildung, politische Partizipation...) korrelieren noch weniger. Erforderlich ist daher eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum fördert und zugleich die Anschlussfähigkeit armer Bevölkerungsgruppen erhöht („pro-poor growth“).



die Praxisrelevanz der Forschung, liefert unmittelbare Rückmeldungen zur Qualität der Forschungsergebnisse und wirft zugleich neue Forschungsfragen auf. Drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Wie können Wettbewerbsvorteile in Bereichen hoher Wertschöpfung geschaffen oder gestärkt werden? Die Studien der Abteilung untersuchen dies aus einer interdisziplinären Perspektive. Sie verknüpfen Ansätze der Innovationssystemforschung und der Betriebswirtschaft mit Arbeiten zu regionaler Wirtschaftsentwicklung sowie Konzepten aus den Verwaltungswissenschaften, in denen es um geeignete Anreizsysteme geht. Durch Vor-Ort-Forschung und Programmevaluierungen – z. B. zum Wissenstransfer aus Auslandsunternehmen oder zu internationalen Agrarforschungsinstituten – werden die konzeptionellen Arbeiten empirisch getestet und auf spezifische Länder und Wirtschaftssektoren angewendet.

2. Wie können breitere Produzentengruppen in

wettbewerbsfähige Segmente der Wirtschaft eingebunden werden? Diese Frage steht im Vordergrund von Studien zur Einbindung von Kleinbauern in agroindustrielle Wertschöpfungsketten, zu Existenzgründungsprogrammen, zur Vereinfachung der Unternehmensregistrierung, zur Stärkung regionaler Wirtschaftscluster und zur Förderung von Zulieferunternehmen.

3. Welche sozialpolitischen Maßnahmen sind vordringlich und finanzierbar, und wie sind diese zu konzipieren? Sozialpolitik ermöglicht eine bessere wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe armer und bislang ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen. Sie trägt zugleich zum Wirtschaftswachstum bei, indem sie Risiken abfedert und die Möglichkeiten armer Bevölkerungsgruppen erweitert, sich wirtschaftlich zu betätigen. Die Abteilung untersucht die Bedingungen, unter denen innovative sozialpolitische Instrumente effizient und armutsreduzierend wirken können.

In allen genannten Bereichen ist Marktversagen weit verbreitet. Dem Staat kommen wichtige Aufgaben als Regulierer und Förderer zu. Allerdings sind staatliche Regulierung und öffentliche Wirtschaftsförderung in Entwicklungsländern mit vielfältigen Problemen behaftet. Dienstleistungen werden oft nicht effizient und kundenorientiert erbracht, erreichen nicht die richtigen Zielgruppen oder sind nicht nachhaltig finanziert. In allen Forschungsbereichen geht es darum, öffentliche Leistungen so zu konzipieren, dass die Akteure geeignete Anreize haben. Dazu gehört z. B., dass Dienstleister im öffentlichen Auftrag klare Zielvorgaben haben, sich an Leistungskennziffern ausrichten, sich im Wettbewerb behaupten und rechenschaftspflichtig sind. Die wissenschaftlichen Studien und Gutachten der Abteilung zeichnen sich dadurch aus, dass sie solche Prinzipien durchgängig berücksichtigen. Vor-Ort-Studien und die enge Kooperation mit Durchführungsorganisationen sichern die Praxistauglichkeit der Politikempfehlungen.

Highlights aus der laufenden Forschung

Verbesserung des Investitionsklimas in Entwicklungsländern: In vielen Ländern werden Investoren durch Überregulierung, Behördenwillkür oder Korruption behindert. Das gilt nicht nur für ausländische Unternehmen, sondern auch für inländische Kleinunternehmen. Im Ergebnis entstehen zu wenige Arbeitsplätze, die Produktivität steigt kaum. Ein Projekt untersucht, welcher regulative Rahmen Wachstum vor allem im Kleingewerbe fördert. Das Projekt setzt sich dabei insbesondere mit den *Doing Business-Reports* der Weltbank auseinander, die für eine weitreichende Deregulierung eintreten. Die Arbeiten der Abteilung zeichnen ein differenzierteres Bild. Sie zeigen u. a., dass viele Regulierungen den Unternehmen nützen, weil sie Geschäftsrisiken begrenzen; dass Überregulierung in der Regel nicht zu den Haupthindernissen für Unternehmensentwicklung zählt; und dass manche Deregulierungen arme Bevölkerungs-

gruppen hart treffen können. Für die Wirtschaftsförderung bedeutet dies, dass Reformen nicht auf generelle Deregulierung zielen sollten, sondern auf höhere Effizienz in den regulierenden und fördernden Institutionen.

Sozialversicherung vs. Kleinversicherungen oder Sozialgeldtransfers: Mehr als 50 % der Weltbevölkerung haben keine formelle Absicherung gegen Risiken wie Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit. In vielen Ländern stellen die Regierungen keine Sozialversicherungen bereit, die für die Bevölkerungsmehrheit zugänglich sind. Wir untersuchen, unter welchen Umständen Kleinversicherungen eine Alternative darstellen. Deren Beiträge müssen auch von einkommensschwachen Haushalten aufzubringen sein. Dies gelingt am ehesten, wenn kommerzielle Versicherer mit zielgruppennahen Akteuren wie z. B. Nichtregierungsorganisationen, Dorfkomitees oder Mikrofinanzinstitutionen kooperieren. Zugleich dämpfen unsere Forschungsarbeiten die hohen Erwartungen, die an den Kleinversicherungsansatz gerichtet werden: Ein hoher Deckungsgrad und Rechtssicherheit für die Versicherten lässt sich im Zweifelsfall eher mit der Sozialversicherung erreichen. Mangelt es v. a. an der Zahlungsfähigkeit der Zielgruppe, hilft der Kleinversicherungsansatz ohnehin nicht weiter und man sollte steuerfinanzierte Sozialgeldtransfers in Betracht ziehen (z. B. eine soziale Grundrente für alle über 70 Jahren). Diese sind z. T. deutlich billiger als die Bedarfsprüfung von einkommensabhängiger Sozialhilfe.

Biokraftstoffproduktion und ländliche Entwicklung: Weltweit steigt der Energiebedarf, und damit die Energiepreise, drastisch an. Der Anbau von Energiepflanzen zur Gewinnung von Alkohol und Öl wird dadurch lukrativ. Dies bietet neue Einkommensquellen für ländliche Regionen. Allerdings verdrängen einige Energiekulturen, z. B. Ölpalmen oder Soja, den Nahrungsmittelanbau. Besondere Hoffnung ruht

daher auf Pflanzen, die auch auf kargem Land gedeihen, wie *Jatropha curcas*. Diese Pflanzen ermöglichen zusätzliche Einkommen für Bauern und Landarbeiter, sofern sie auf bislang ungenutztem Ödland angebaut werden; zugleich binden sie Treibhausgase und stabilisieren Boden und Wasserhaushalt. Zwei Teams der Abteilung untersuchen das Entwicklungspotenzial solcher Ölpflanzen in Indien und in Namibia. Die Indien-Studie dokumentiert, dass Ölpflanzen in viel-

fältigen Produktionssystemen angebaut werden, die jeweils sehr unterschiedliche sozio-ökonomische und ökologische Wirkungen haben. Ob die Biokraftstoffproduktion positive oder negative Entwicklungseffekte hat, hängt von der Wahl der Produktionssysteme ab. Die Studie zeigt, welche angebots- und nachfrageseitigen Anreize geeignet sind, um ländliche Entwicklung zu fördern und Nahrungsmittelrisiken zu begrenzen.

Abteilung Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung

Die Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung“ forscht zu nachhaltiger und breitenwirksamer Wirtschaftsentwicklung. Untersucht werden Erfolgsbedingungen wirtschafts- und sozialpolitischer Förderprogramme in Bereichen wie: Agrarpolitik und

ländliche Entwicklung; Integration von Kleinproduzenten in moderne Wertschöpfungsketten; Stärkung technologischer Leistungsfähigkeit; Bereitstellung armutsorientierter Infrastruktur und Aufbau von Kleinversicherungs-systemen.



Henry-Moore-Statue „Large Two Forms“ im ehemaligen Bundeskanzleramt, Bonn

Demokratie und Entwicklung

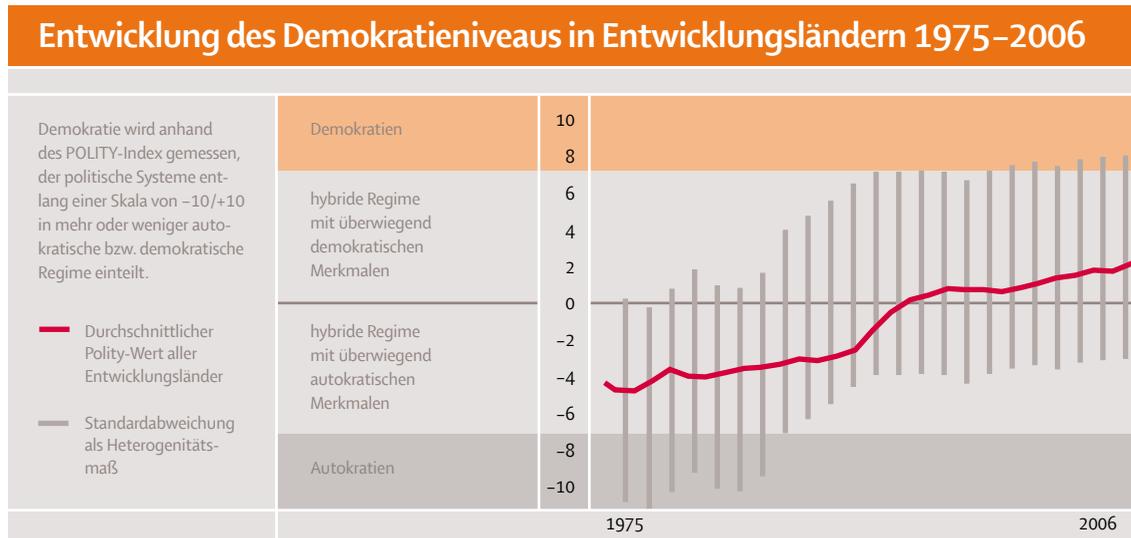
Ein Arbeitsschwerpunkt der Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“ besteht darin, Zusammenhänge zwischen politischer Herrschaft und sozio-ökonomischer Entwicklung zu untersuchen und darüber hinaus Möglichkeiten außenorientierter Politiken zur Errichtung und Festigung rechtsstaatlicher Demokratie zu identifizieren. In der Kontroverse um die ökonomischen Effekte unterschiedlicher politischer Herrschaftsformen konnte Dr. Jörg Faust einen bislang unbekanntem Wirkungsmechanismus aufdecken. In einer 2007 vom deutschen Politologenverband ausgezeichneten Fachveröffentlichung zeigte er, dass ein steigendes Demokratieniveau gemeinhin die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung begünstigt. Diese ökonomische Dividende demokratischer Herrschaft wird damit begründet, dass sich autokratische Regime eher auf eine kleinere Gruppe gesellschaftlicher Akteure stützen, während demokratische Regierungen auf umfassendere Mehrheiten angewiesen sind. Dies

zwingt autoritäre Regime dazu, ihre Wirtschaftspolitik vergleichsweise stärker als Privilegienpolitik zu betreiben. In Demokratien hingegen begünstigt der inklusive politische Wettbewerb auch eine wettbewerbsorientiertere Wirtschaftspolitik, die Triebfeder steigender Produktivität und technologischen Fortschritts.

Diese Ergebnisse fügen sich ein in eine Reihe empirischer Befunde, die demokratischer Herrschaft zwar keinen direkten Effekt auf wirtschaftliches Wachstum unterstellen. Doch schreiben sie Demokratien einen klaren Vorteil gegenüber Autokratien mit Blick auf eine sozial ausgewogene und innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik zu. Allerdings ist, wie im Schaubild verdeutlicht, der Vormarsch der Demokratie in den Entwicklungsländern lediglich gradueller Natur. Zudem ist oftmals zu beobachten, dass sich politische Transparenz und Rechtsstaatlichkeit trotz Einführung von Wahlen und Presse- sowie Organisationsfreiheit kaum kurzfristig, sondern allenfalls langfristig verbessern.

Die Grafik zeigt erstens eine anhaltend große Heterogenität an Herrschaftsformen (graue Linien) in den Entwicklungsländern. Darüber hinaus wird zweitens deutlich, dass das Demokratieniveau in den 130 erfassten Staaten sich in

den letzten drei Dekaden allmählich erhöht hat, wobei der Durchschnittswert sich immer noch deutlich unterhalb des orangen Bereichs funktionierender Demokratien befindet.



Es wäre also naiv, anzunehmen, dass sich Demokratie aufgrund ihrer kollektiven Vorteile automatisch ausbreitet. Im Gegenteil sind es die gesamtgesellschaftlichen Vorzüge der Demokratie, die Demokratisierungsprozesse tendenziell sogar noch erschweren. Denn ein Wandel von einem autoritären System zu demokratischer, rechtsstaatlicher Herrschaft bedroht die politischen und ökonomischen Privilegien der herrschenden Eliten. Auch deshalb sind Demokratisierungsprozesse konfliktgeladen, dauern über Dekaden an – und können auch scheitern.

Angesichts dieser Diskrepanz zwischen den Vorzügen der Demokratie als Herrschaftsform und der Schwierigkeit ihrer Verbreitung zählt es zu den anspruchsvollen Aufgaben der Entwicklungsforschung, die Gründe für erfolgreichen demokratischen Wandel, aber auch für autokratische Stagnation herauszuarbeiten und in die praktischen Prozesse der Entwicklungszusammenarbeit einzuspeisen. Neben allgemeinen, länderübergreifen-

den Zusammenhängen sind dabei besonders regionale Besonderheiten zu beachten, die teilweise spezifische Herrschaftsmuster oder Pfade politischen Wandels erklären. Während etwa in weiten Teilen Lateinamerikas die Verbreitung der Demokratie in den letzten drei Jahrzehnten trotz bestehender Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit erhebliche Fortschritte gemacht hat, muss die Zwischenbilanz in anderen Regionen wie Zentralasien oder dem Nahen Osten deutlich negativer ausfallen.

Um diese Unterschiede zu erfassen und zu erklären ist breit gefächertes regionales Expertenwissen ein wichtiges Qualitätsmerkmal der Abteilung. Ein Beispiel hierfür ist die Veröffentlichung einer vergleichend angelegten Reihe von beratungsnahen *Policy*-Papieren in den Jahren 2007 und 2008. In dieser Reihe wurden die Chancen und Herausforderungen für „gute“ Regierungsführung in sechs Regionen analysiert: Lateinamerika, Naher Osten, Südasien, Südostasien, Subsahara-Afrika und Zentralasien/Südkaucasus. Auch die internationale

Vernetzung mit anderen Wissenschaftlern trägt zur Qualität der Abteilungsprodukte bei. So hat Dr. Oliver Schlumberger, renommierter Nahost-Experte am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), kürzlich einen Band bei Stanford University Press herausgegeben, in dem ein internationales Expertenteam die Gründe für das hartnäckige Fortbestehen autokratischer Regime im arabischen Raum analysiert.

Neben der Analyse politischer Systeme positioniert sich die Abteilung als Know-how-Zentrum für Fragen nach den internationalen Einflussfaktoren auf politische Herrschaftsordnungen bzw. „guter“ Regierungsführung. Die Förderung demokratischer, subsidiaritätsorientierter und rechtsstaatlicher Herrschaft gehört zu den vorrangigsten, aber zugleich schwierigsten Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Auch deshalb begleiten die Mitarbeiter beratend politische Entscheidungsprozesse oder stellen ihr Wissen den entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen zur Verfügung – etwa

a) bei der Überarbeitung des Regionalkonzepts „gute Regierungsführung“ für die Region Asien im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) oder b) bei Ansätzen der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Förderung des demokratischen Rechtsstaates in Lateinamerika neu auszurichten. Auch international werden Beratungsleistungen erbracht, etwa für die Weltbank im Zusammenhang mit der Evaluierung ihrer Dezentralisierungsstrategien. Denn trotz der Vielfalt der Instrumente zur Förderung von demokratischer Partizipation und Rechtsstaatlichkeit erweist sich immer wieder, dass Demokratieförderung in autoritären Staaten eine besondere Herausforderung darstellt. Julia Leininger, Ko-Autorin eines jüngst erschienenen Beratungspapiers zur Demokratieförderung, kommt zu dem Schluss, „dass integrale und langfristige Strategien fehlen, um die Verbreitung der Demokratie in autoritären Teilen der Welt konstruktiv zu unterstützen.“ Dabei ist die gegen-

Aus- und Weiterbildung am DIE

In der Aus- und Weiterbildung bietet das DIE eine Reihe von Formaten zu den Themen Demokratieforschung und -förderung an: in den beiden Ausbildungsgängen des DIE, in Lehrveranstaltungen der Abteilungsmitarbeiter an Universitäten, bei Fortbildungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BMZ oder des Deutschen Bundestages. Ein wesentliches Anliegen der Abteilung ist es, die politischen und ökonomischen Strukturvorteile demokratischer Herrschaft zu vermitteln, ohne dabei die Schwierigkeiten politischer Transformation zu verdecken. Denn oftmals verhindert die Dringlichkeit akuter Probleme (Klimaschutz, Gesundheitsvorsorge, Bildungspolitik etc.), dass die Handlungskorridore für gemeinwohlorientierte Lösungen durch die Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft definiert sind.



wärtige Situation der Ressourcenknappheit in der OECD-Welt bzw. des ressourcenbasierten Wachstums in einigen Entwicklungsländern besonders kontraproduktiv, da sowohl die Anreize zur Demokratieförderung gemindert als auch die endogenen Kräfte des demokratischen Wandels geschwächt werden.

Schließlich wird auch der Wandel zu einer stärker multipolar ausgerichteten Weltordnung Konsequenzen für die effektive Förderung von Demokratie und Rechtsstaat haben. Ankerländer wie China, Indien oder Russland üben zum Teil bereits heute Einfluss auf die politischen Herrschaftsordnungen ihrer Nachbarländer aus.

Genau diesem Thema widmet die Abteilung ein größeres, drittmittelfinanziertes Forschungsprojekt. Grundsätzlich, so der Projektkoordinator Dr. Jörn Grävingholt, *„gehen wir davon aus, dass eher autoritär strukturierte Ankerländer jenseits von Stabilitätsabwägungen keinerlei Interesse an demokratischer Herrschaft in ihren Nachbarländern haben. Vielmehr dürften sie an eher autokratischen Strukturen interessiert sein und werden sich entsprechend außenpolitisch verhalten.“* In diesem Falle ist offensichtlich, dass es zusätzlicher Anstrengungen der Gemeinschaft demokratischer Staaten bedarf, um die Effektivität der Demokratieförderung sicher zu stellen.

Abteilung Governance, Staatlichkeit, Sicherheit

Die Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“ arbeitet zu den politischen Einflussfaktoren gesellschaftlicher Entwicklung und den daraus folgenden Anforderungen an die Entwicklungspolitik.

Zu den Themenschwerpunkten gehören: Dynamik politischer Transformationsprozesse, Ursachen und Konsequenzen fragiler Staatlichkeit sowie unterschiedliche Ansätze und Instrumente zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaat und Dezentralisierung.



Ehemaliger Plenarsaal des Deutschen Bundestages, World Conference Center Bonn

Klimawandel: Herausforderung für die Entwicklungspolitik

2006 ist das Jahr, in dem die Weltöffentlichkeit begonnen hat, den Klimawandel ernst zu nehmen. Ausschlaggebend war die Analyse des ehemaligen Weltbank-Ökonomen Sir Nicholas Stern zur Ökonomie des Klimawandels; 2007 folgten die Berichte des Weltklimarats IPCC zum bereits beobachtbaren Stand der globalen Erwärmung, ihren Auswirkungen und den Maßnahmen für die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs.

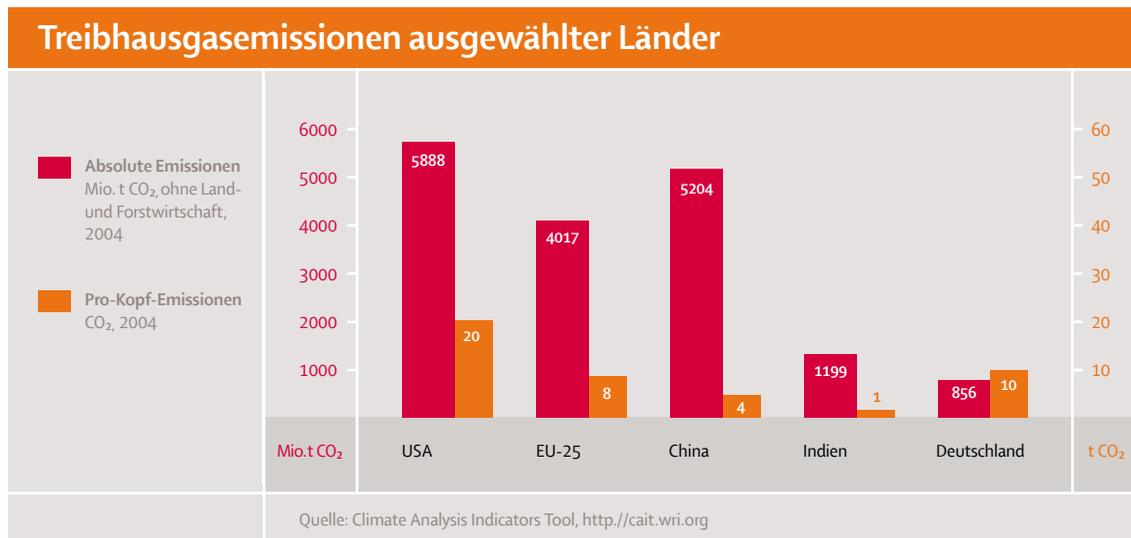
Die Entwicklungspolitik hat seit 1992, als die Klimarahmenkonvention unterzeichnet wurde, vor allem Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen aus Entwicklungsländern unterstützt. Weltweit wurden durch die *Global Environmental Facility* etwa 17 Mrd. USD dafür ausgegeben. Deutschland hat seit 2002 über 1 Mrd. Euro vor allem in die Verbesserung der Energieeffizienz und in die Förderung erneuerbarer Energien investiert. Die Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels wurde hingegen lange

vernachlässigt, weder wurden signifikante Mittel dafür eingesetzt noch Anstrengungen unternommen, um positive Wechselwirkungen zwischen Armutsbekämpfung und vorbeugender Anpassung systematisch für die Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen. Auch die Millenniumsentwicklungsziele behandeln die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen bisher eher am Rande; eine explizite Verbindung zwischen armutsrelevanten Indikatoren und der Verringerung der Vulnerabilität für den Klimawandel wurde nicht hergestellt. In diese Richtung forscht die Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“ des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE).

2006 hat das DIE begonnen, diese Fragen zu bearbeiten und 2008 das Leuchtturmprojekt „Klimawandel und Entwicklung“ eingerichtet. Hier wird untersucht, was Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern erfordert und welche Unterstützung die Entwicklungspolitik dabei leisten kann. Der Schwerpunkt

China und Indien weisen die höchsten absoluten energiebedingten Treibhausgasemissionen unter den Entwicklungsländern auf; sie liegen gleich hinter den USA und vor den

einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Ihre extrem niedrigen Pro-Kopf-Werte weisen auf die nach wie vor großen Unterschiede im Entwicklungsniveau hin.



liegt auf der Landwirtschaft und dem Wassersektor Subsahara-Afrikas. Bereits bei einer globalen durchschnittlichen Erwärmung um 2 °C können die Folgen vor Ort verheerend sein. Nach Berechnungen des IPCC 2007 werden in Afrika 350 bis 600 Mio. Menschen zusätzlich unter Wasserstress stehen. Die Erträge im Regenfeldbau können bereits im Jahr 2020 in manchen Ländern um bis zu 50 % sinken, während in Trockengebieten die landwirtschaftliche Nutzfläche insgesamt abnehmen wird. Die Verwundbarkeit für den Klimawandel kann jedoch verringert werden, wie der IPCC feststellt, insbesondere wenn man technischen Wandel und Landnutzungsplanung auf den Klimawandel ausrichtet.

Mit Anpassungsprozessen muss also umgehend begonnen werden. Dabei geht es um technische Maßnahmen, wie die Erhöhung von Deichen und die Auslegung von Brücken und Straßen auf häufigere und heftigere Überschwemmungen oder die Umstel-

lung der Landwirtschaft auf höhere Temperaturen und ein trockeneres Klima. Aber auch die tiefer liegenden Ursachen für die Verwundbarkeit durch den Klimawandel müssen bekämpft werden, über die Reduzierung der Armut und durch besondere zusätzliche Maßnahmen. Wird beim Ausbau landwirtschaftlicher oder industrieller Produktionspotenziale bspw. nicht gleichzeitig in den Umwelt- und Ressourcenschutz investiert, wird die Reaktionsfähigkeit der Ökosysteme auf häufigere Dürren oder Überschwemmungen eingeschränkt.

Nicht zu unterschätzen sind die politischen und sozialen Verwerfungen, die ohne vorbeugende Anpassungsmaßnahmen durch den Klimawandel ausgelöst oder verstärkt werden können. Verteilungskonflikte um Böden, Wasser und Nahrung können sich künftig verschärfen und Migrationsströme anwachsen, zeigt das Hauptgutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung

Globale Umweltveränderungen (WBGU) 2007, an dem Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor des DIE, maßgeblich mitgearbeitet hat. Die Wahrscheinlichkeit klimainduzierter Konflikte innerhalb und zwischen Staaten nimmt zu, vor allem in Asien und Subsahara-Afrika.

Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung haben auch in Zeiten des Klimawandels in Entwicklungsländern weiterhin Priorität. Die dafür notwendige Steigerung des Energieangebots muss jedoch mit einer möglichst geringen Erhöhung der Treibhausgasemissionen verbunden sein. Die Entwicklungspolitik steht mit dieser neuen Maßgabe vor vielen Fragen, die auch am DIE bearbeitet werden: Wie kann der Strukturwandel, der mit Wachstum, Modernisierung und Urbanisierung einhergeht, so gestaltet werden, dass Produktions- und Konsummuster möglichst energie- und ressourceneffizient sind? Welche neuen Formen der Zusammenarbeit brauchen wir zwischen Nord und Süd, insbesondere mit Ländern wie China und Indien,

um die notwendigen technologischen Innovationen rechtzeitig und breitenwirksam einzuführen? Wie kann die klima- und entwicklungspolitische Politikkoordination in Deutschland und der EU zwischen den relevanten Politikfeldern verbessert werden, um schnell signifikante Ergebnisse zu erzielen?

Die Abteilung „Umweltpolitik und Ressourcenmanagement“ des DIE hat im Rahmen des Projekts „Klimarelevante Politiken in China, Indien und Brasilien“ untersucht, welche Kapazitäten China hat, um seine Treibhausgasemissionen zu begrenzen. Im 11. Fünfjahresplan (2006–2010) hat China beschlossen, seine Energieeffizienz bis 2010 um 20 Prozent zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien deutlich zu erhöhen. Der wesentliche Antriebsfaktor dahinter ist, die Energiesicherheit für das Wirtschaftswachstum zu erhöhen und teure Erdöl- und Erdgasimporte zu senken. Klimapolitische Ziele sind in der Regel nachgeordnet. So gibt es durch staatlich subventionierte niedrige Energiepreise



Quelle: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), 2007

keine Anreize zum Energiesparen. Die Durchsetzungsfähigkeit der Zentralregierung leidet in diesen Politikfeldern sichtbar: Die Provinz- und Kommunalregierungen setzen alles daran, ihre Wirtschaftswachstumsraten hoch zu halten und empfinden klima- und umweltpolitische Auflagen als störend. 16 der 20 am meisten verschmutzten Städte Asiens befinden sich in China. Ähnliche Analysen zu Indien und zu Brasilien sind am DIE in Arbeit.

Etwa ein Viertel der globalen Treibhausgasemissionen stammen aus der Entwaldung, insbesondere in tropischen Ländern. Wie der Waldschutz klimapolitisch

unterstützt und für eine nachhaltige lokale Entwicklung genutzt werden kann, erforscht das DIE im Rahmen des Vorhabens „Verringerung der Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung in Entwicklungsländern“. Eine uneingeschränkte Integration dieses Emissionstypus in den zukünftigen Emissionshandel würde von den Industrieländern Reduktionsziele bis 2020 verlangen, die gegenüber 1990 weit über 25–40% liegen müssten. Demgegenüber empfiehlt das DIE, einen Teil der Erlöse aus der Veräußerung von Emissionszertifikaten zu verwenden, um die Ursachen von Entwaldung zu bekämpfen.

Abteilung Umweltpolitik und Ressourcenmanagement

Die Abteilung befasst sich über die erläuterten klimapolitischen Fragestellungen hinaus mit folgenden Themen: armutsorientierte Ansätze in der Wasserpolitik; integriertes und adaptives Wasserressourcenmanagement; grenzüberschreitendes

Gewässermanagement; Diffusion globaler Normen in nationale Politiken am Beispiel der *World Commission on Dams* (WCD); Nutzung der Wasserforschung für die Entwicklungszusammenarbeit; armutsorientierte Wirkungsanalyse der EZ.



Solarworld Photovoltaikmodule auf dem Objekt PO I, Bonn

Globale und lokale Kapitalmärkte

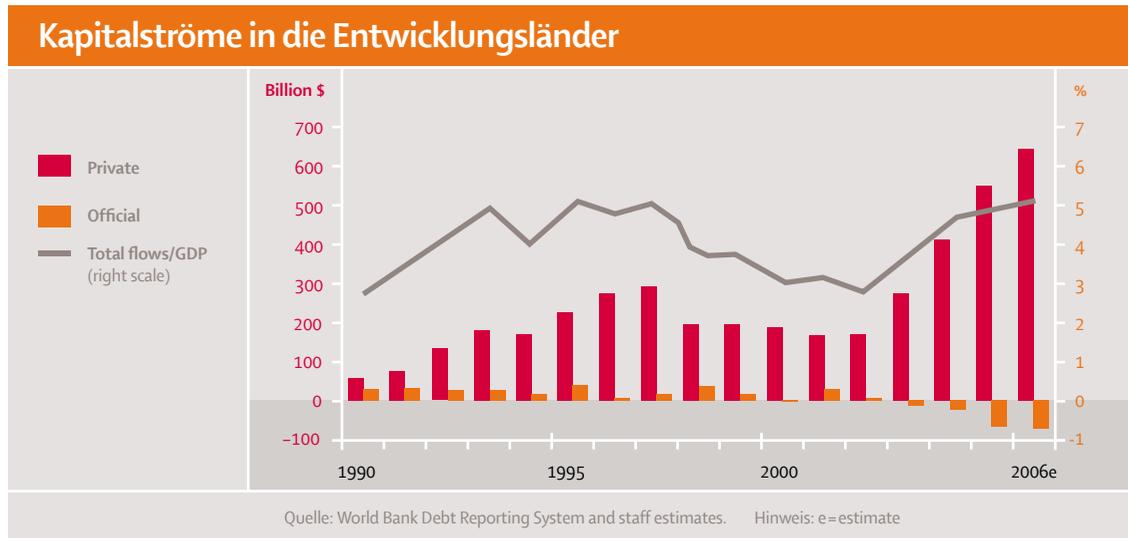
Die Einbindung der Entwicklungsländer in das globale Handels- und Finanzsystem ist entscheidend für die Realisierung ihrer Entwicklungspotenziale. Wie also soll der institutionelle und regulatorische Rahmen der Weltwirtschaft zugunsten einer fairen und inklusiven Globalisierung reformiert bzw. weiterentwickelt werden. Die meisten Themen der Abteilung „Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung“ sind dabei auf die Entwicklung nationaler und internationaler Kapitalmärkte gerichtet – Märkte, die besonders starke Dynamiken entfalten können und spezifischer Regulierung bedürfen. Denn die Einbindung der Entwicklungsländer in das internationale Finanzsystem kann diesen zwar erhebliche Vorteile bieten. Doch um diese Vorteile zu nutzen und die Risiken der Integration in die internationalen Finanzmärkte zu mindern, ist ein gewisses Entwicklungsniveau und die staatliche Steuerungsfähigkeit der nationalen Kapitalmärkte eine entscheidende Voraussetzung.

Dies zeigt sich in besonderer Schärfe bei internationalen Finanzkrisen. Unabhängig von den Auslösern der Krise sind Entwicklungsländer besonders anfällig für die finanziellen und realwirtschaftlichen Auswirkungen. Da sie meist über keine breitenwirksamen sozialen Sicherungssysteme verfügen und – auch in den fortgeschrittenen Entwicklungsländern – große Teile der Bevölkerung nur knapp über der Armutsschwelle leben, sind die potenziellen sozialen Folgen von Finanzkrisen gravierend. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass die Entwicklungsländer (1) den verbesserten Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten mit Vorsicht nutzen und die Kapitalzuflüsse steuern sowie (2) ihre nationalen Kapitalmärkte ausbauen, um von den Risiken externer Kapitalzuflüsse unabhängiger zu werden.

Vor diesem Hintergrund widmet sich ein Forschungsvorhaben der Abteilung der Kapitalmarktentwicklung zugunsten der Finanzierung kommunaler Investitionen.

Seit den 1990er Jahren übersteigen private Kapitaltransfers die öffentlichen Leistungen an die Entwicklungsländer. In den vergangenen Jahren waren die öffentlichen Netto-Transfers sogar negativ. Dies wird sich durch die Finanzkrise wieder

ändern: private Kapitalflüsse werden sinken, öffentliche Leistungen werden steigen. Langfristig bleibt jedoch privates Kapital für die Entwicklungsländer wichtiger als öffentliche Zuwendungen.



Im Zuge von Dezentralisierungsprozessen haben viele Entwicklungsländer in den letzten Jahren Aufgaben vom Zentralstaat an nachgeordnete Gebietskörperschaften auf regionaler oder kommunaler Ebene abgegeben. Diese Prozesse haben zwei eng miteinander verknüpfte und sich auf das Subsidiaritätsprinzip beziehende Aspekte: Erstens geht es um mehr Demokratie und inklusivere politische Partizipationsprozesse auf der unteren Ebene. Zweitens – und als direkte Konsequenz hiervon – lassen sich öffentliche Dienstleistungen besser planen, durchführen und kontrollieren, wenn sie auf der Ebene verantwortet werden, die den Bürgern am nächsten ist.

Doch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen durch subnationale Gebietskörperschaften ist an die Verfügbarkeit von entsprechender Infrastruktur geknüpft. Dies gilt vom Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung über das Transportwesen – Straßen, Häfen, Flughäfen und öffentlicher Nahver-

kehr –, die lokale Energieversorgung bis zur lokalen Bildungs-, Kultur- und Gesundheitspolitik. In all jenen Politikfeldern besteht in den meisten Entwicklungsländern jedoch ein enormes Defizit hinsichtlich der Bereitstellung angemessener Infrastruktur; ein Problem, dessen Ausmaße noch durch oftmals rapide Urbanisierungsprozesse verschärft wird. Entsprechend ist es notwendig für nachhaltiges und breitenwirksames wirtschaftliches Wachstum, dass hohe Summen in die kommunale Infrastruktur investiert werden, um der Bevölkerung – auch in den urbanen Elendsvierteln – Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu verschaffen, die lokale Wirtschaft zu fördern und die Urbanisierung umweltverträglich zu gestalten.

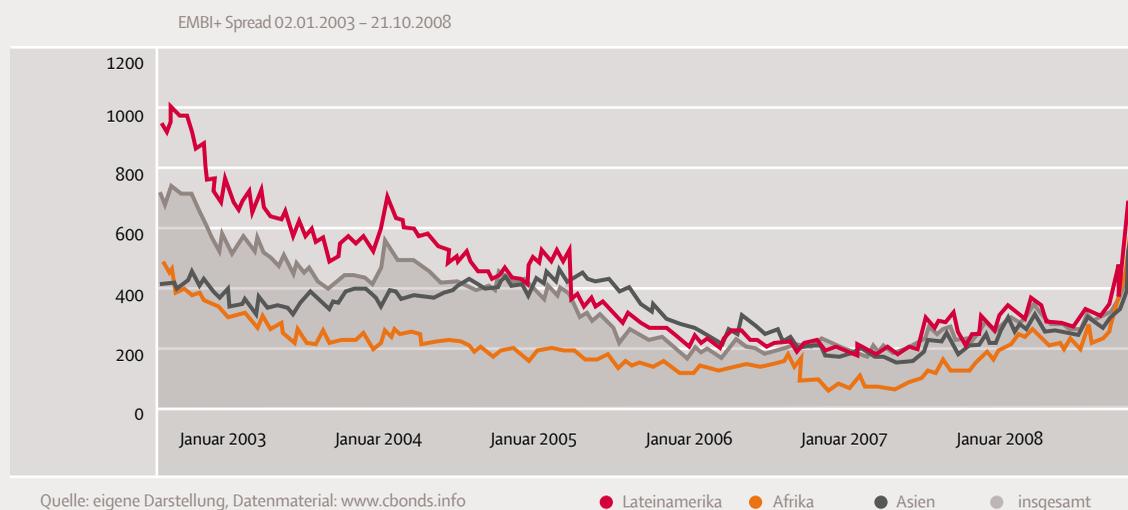
Die von Mitarbeitern der Abteilung in zwei Ländern – Südafrika und Indonesien – durchgeführten Fallstudien zeigten, dass die Finanzierung von Infrastruktur ein grundsätzlich schwieriges Thema für

Entwicklungsländer darstellt und die Regierungen insbesondere mit einem außenwirtschaftlichen Dilemma konfrontiert. Angesichts der Langfristigkeit der Investitionen in den genannten Politikfeldern werden entweder nicht rückzahlbare Zuschüsse oder langfristige zinsgünstige Darlehen benötigt. Zuschüsse aus den Staats- oder Kommunalhaushalten sind jedoch notorisch knapp und reichen in der Regel nicht aus, um den Bedarf zu decken. Doch langfristige zinsgünstige Darlehen sind auf den unterentwickelten Kapitalmärkten der Entwicklungsländer nur schwer zu bekommen. Entsprechend häufig greifen Entwicklungsländer daher auf die internationalen Kapitalmärkte oder die internationalen Entwicklungsbanken zurück, für die die Finanzierung von Infrastrukturprojekten zum Kerngeschäft gehört. Dabei handelt es sich allerdings in der Regel um Devisenkredite, die in der Vergangenheit bereits manches Land – z. B. Indonesien in der Asienkrise 1997 – in den finanziellen Ruin

getrieben haben. Da Infrastrukturprojekte meist nur Einnahmen in nationaler Währung generieren, ist es grundsätzlich problematisch, sie mit Devisenkrediten zu finanzieren, es sei denn, das Währungsrisiko wird von Dritten übernommen.

Der Ausweg aus diesem Dilemma ist die Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte. Sie sind vor allem in fortgeschritteneren Entwicklungsländern wie Südafrika und Indonesien die angemessene Quelle für langfristiges Kapital. Die Ersparnisse, die vom nationalen Bankensystem in langfristige Kredite in lokaler Währung transformiert werden können, sind in der Regel vorhanden. Sie werden jedoch mangels geeigneter Anlagemöglichkeiten meist in Immobilien investiert oder ins Ausland transferiert. Die nationalen Kapitalmärkte müssen verbreitert und vertieft werden, um das Kapital im Land halten und für die eigene Entwicklung investieren zu können. An die internationalen Geber geht die Empfehlung, diesen Prozess der Herausbildung lokaler

Finanzierungskosten für Auslandsanleihen von Schwellenländern



In Finanzkrisen verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen für Entwicklungs- und Schwellenländer. Obwohl die jüngste Finanzkrise 2008 von den USA ausging, müssen

die Schwellenländer, wie schon nach der Asienkrise, wesentlich höhere Risikozuschläge für neue Auslandsanleihen bezahlen (spread: 100 Basispunkte = 1%).

Finanzkreisläufe zu fördern und in Zukunft davon abzusehen, Infrastruktur direkt von außen zu finanzieren. Die Aufgabe von Weltbank, Asiatischer Entwicklungsbank, KfW und anderen kann es nicht (mehr) sein, die eine oder andere Kläranlage zu finanzieren, sondern vielmehr die Kommunen, Banken und Ministerien dabei zu unterstützen, hierfür eigene Finanzierungsmodelle zu entwickeln, langfristiges Kapital im Land zu halten und es für Investitionen zu nutzen. Solange dies nicht gelingt, werden öffentliche Mittel weiter rationiert werden müssen, d. h. die meisten der notwendigen Investitionen finden vorerst nicht statt. Schließlich zeigt der

Vergleich beider Länder einmal mehr, dass eine Entwicklungspolitik kontextbezogene Instrumente benötigt, die auf die Spezifika der unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Partnerländer ausgerichtet sein müssen. Die Förderung nationaler Finanzmärkte, die bei der Finanzierung lokaler öffentlicher Dienstleistungen eine bedeutende Rolle spielen können, ist ein wichtiges Handlungsfeld der Entwicklungszusammenarbeit. Welche Strategien der Finanzmarktentwicklung in komplexen Dezentralisierungsprozessen jedoch am effektivsten sind, hängt in entscheidendem Maße von den jeweiligen Rahmenbedingungen im Partnerland ab.

Abteilung Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung

Die Abteilung beschäftigt sich mit den Herausforderungen der *Global Economic Governance*, also der Weiterentwicklung des institutionellen und regulatorischen Rahmens der Weltwirtschaft zugunsten einer fairen und inklusiven Globalisierung. Wichtige

Themenfelder der Forschung sind (i) regionale wirtschaftliche Integrationsprozesse, (ii) die Rolle multinationaler Unternehmen, (iii) die internationale Währungs- und Finanzordnung und die Entwicklung von Kapitalmärkten.



Deutsche Welle, Bonn



مجلس شورای اسلامی و شورای عالی امنیت ملی

همه پرونده

باید وکیل داشته باشند

مجلس از افزایش دستوری نرخ ارز

جلوگیری می کند

Unabhängigkeit ist
abhängig von der
Freiheit des Geistes.

Bild: Shirin Ebadi, erste Richterin des Iran und erste muslimische Friedensnobelpreisträgerin

Entwicklungspolitik und Global Governance

Entwicklungschancen von Entwicklungsländern hängen immer stärker von Prozessen globalen Wandels (wie dem Klimawandel, der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte, technologischen Transformationsprozessen, weltweiten Machtverschiebungen) sowie von *Global Governance*-Strukturen (wie dem Welthandelssystem oder dem Kyoto-Prozess) ab. Die Entwicklungspolitik muss diese internationalen Dimensionen von Entwicklung zunehmend in ihren Länder- und Regionalstrategien berücksichtigen. Zugleich gewinnt ihr Zusammenspiel mit anderen außenorientierten Politiken an Bedeutung. Die Arbeitsgruppe „Global Governance und Entwicklungspolitik“ reflektiert aus dieser Perspektive über die Zukunft der Entwicklungspolitik. Im Zentrum stehen Arbeiten zu Reformprozessen der Vereinten Nationen und deren Bedeutung für die internationale Zusammenarbeit. Zudem untersucht die Arbeitsgruppe die ökonomischen und politischen Transformationsprozesse in Ankerländern, die aufgrund ihrer Wachstumsdynamik zu relevanten „regionalen und *Global Governance*-Akteuren“ werden. Wie werden diese Länder die Entwicklungsdynamiken

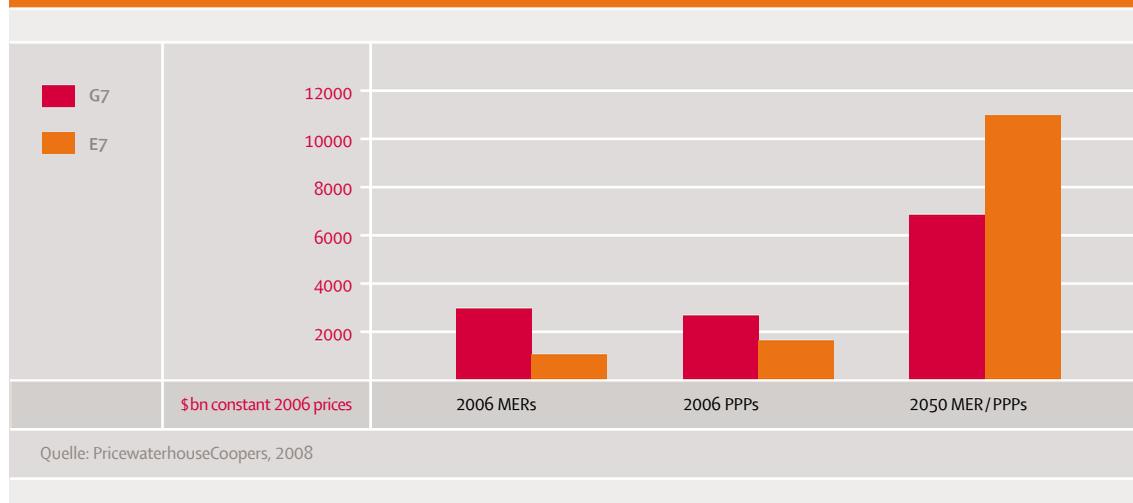
in ihren Regionen, die Nord-Süd-Beziehungen und die Entwicklungspolitik verändern?

Asian Drivers of Global Change

Die internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklungspolitik haben sich seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes radikal verändert. In den 1990er Jahren sind die Entwicklungsländer zum ersten Mal seit Mitte des letzten Jahrhunderts schneller gewachsen als die OECD-Länder. Der Süd-Süd-Handel hat stark an Bedeutung gewonnen. Das Gewicht der OECD-Länder in Weltwirtschaft und -politik beginnt sich abzuschwächen, nachdem am Ende des Kalten Krieges zunächst alles auf eine lang andauernde „Hegemonie des Westens“ hingedeutet hatte. Dieser Trend wird sich in den kommenden Dekaden fortsetzen. Die klassischen „Nord-Süd-Beziehungen“ lösen sich auf.

Das Forschungscluster *Asian Drivers of Global Change* konzentriert sich auf China und Indien als zentrale Motoren der globalen Machttransformation und fragt nach den Auswirkungen des Aufstiegs der beiden asiatischen Giganten auf andere Entwicklungsländer

Relative size of G7 and E7 economies



und -regionen. Untersucht wird zum Beispiel, welche handels-, energie- und entwicklungspolitischen Strategien China und zunehmend auch Indien in Afrika verfolgen. Dabei wird deutlich, dass sich die asiatischen Aufsteiger in einem außen- und außenwirtschaftspolitischen Suchprozess befinden, der längst nicht abgeschlossen ist. Die Afrika-Politik Chinas ausschließlich als Ressourcensicherungspolitik zu interpretieren, erweist sich zum Beispiel als Fehlschluss. Auch in der chinesischen Regierung werden die Auswirkungen des eigenen Engagements auf Konflikte, die Umwelt und Korruption auf dem afrikanischen Kontinent zunehmend reflektiert, nicht zuletzt, weil China als Handelsmacht auf sein internationales Image bedacht ist. Vor diesem Hintergrund erarbeitet das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) Optionen, um die Afrika-Politik Chinas und Indiens zu beeinflussen, und zieht Schlussfolgerungen für die deutsche und europäische Afrikapolitik.

In einem anderen Projekt wird die Innovationsdynamik Chinas und Indiens in Richtung einer *low carbon economy* untersucht. Der Hintergrund: China und

Indien werden zukünftig zu zentralen Motoren des Klimawandels. Die globale Erwärmung kann nur vermieden werden, wenn China und Indien die treibhausgasintensiven Entwicklungsmuster der Industrieländer nicht kopieren. Gibt es Anzeichen dafür, dass der Umstieg auf einen klimaverträglichen Wachstumspfad in China und Indien in den kommenden zwei Dekaden gelingen kann? Wie entwickeln sich die technologischen Lernprozesse in diesen Bereichen? Investieren Unternehmen und Forschungseinrichtungen der beiden Länder in den Aufbau von *low carbon*-Lösungen? Werden China und Indien zu Pionieren einer klimaverträglichen Entwicklung, die auch von anderen Entwicklungsländern kopiert werden könnte? Welche Implikationen ergeben sich aus diesen Entwicklungen für Kooperationen zwischen Deutschland, Europa, China und Indien in der Klima- und Entwicklungspolitik? Diese Zukunftsfragen bearbeitet das DIE gemeinsam mit starken Partnerinstituten wie dem *Institute for Development Studies* (IDS) in Brighton, der *Chinese Academy of Social Sciences* in Peking und dem *TERI Energy Research Institute* in New Delhi.

„Die Arbeiten aus dem Forschungscluster ‚Asian Drivers of Global Change‘ verweisen auf tektonische Machtverschiebungen in Richtung Asien, die in einem System ‚turbulenter Multipolarität‘ münden, in dem alte Gewissheiten und Konzepte internationaler Kooperation auf dem Prüfstand stehen. Die OECD-Länder sind auf der Suche nach Strategien des Umgangs mit den neuen Aufsteigern, die ‚poor but powerful‘ sind und daher nicht in die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Außen- und Entwicklungspolitik passen. Sollte die Integration Chinas und Indiens in den kommenden zwei Dekaden kooperativ und friedlich verlaufen, könnte sich bis 2030 eine stabilere, leistungs-

fähigere und inklusivere Weltordnung herausbilden. Der Aufstieg der beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde könnte aber auch Mechanismen klassischer Machtpolitik verschärfen, weltweit zu mehr Spannungen und Konflikten führen und damit die Spielräume für die Entwicklungspolitik einschränken. DIE und IDS leisten mit ihren Forschungsarbeiten wichtige Beiträge, um Chancen für einen internationalen Interessenausgleich auszuleuchten.“

Prof. Dr. John Humphrey, Direktor des *Globalization Team* am *Institute for Development Studies*, Brighton und Prof. Dr. Dirk Messner, Direktor des DIE.

Erneuerung durch NEPAD? – Agrarpolitik in Afrika

Für nachhaltiges Wachstum und Armutsbekämpfung in Afrika südlich der Sahara (SSA) ist die Entwicklung der Landwirtschaft eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Afrikas Landwirtschaft erwirtschaftet etwa 30 % des gesamtkontinentalen Sozialproduktes, 40 % der Exporte und stellt 70–80 % der Arbeitsplätze. Die aktuelle Ernährungskrise schärft in allen Kreisen die Wahrnehmung für die Notwendigkeit, die afrikanische Landwirtschaft zu fördern.

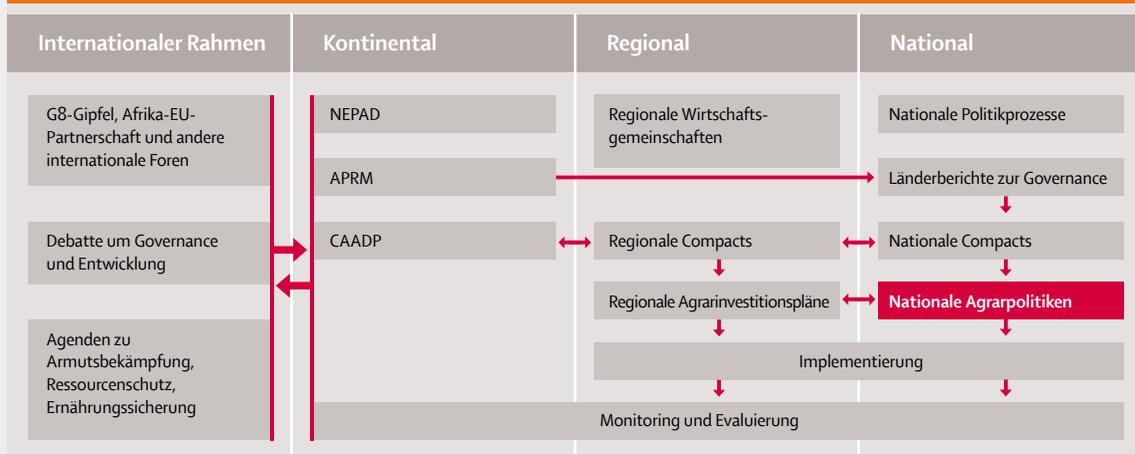
Trotz dieser herausragenden Rolle wurde der Agrarsektor in SSA in den letzten Jahrzehnten zunächst massiv abgeschöpft, später sowohl von Regierungen wie Gebern vernachlässigt. Im Ergebnis stagniert die landwirtschaftliche Pro-Kopf-Produktion, im Unterschied zur Entwicklung in allen anderen Weltregionen. Der Kontinent entwickelte sich vom Netto-Exporteur zum Netto-Importeur von Nahrungsmitteln; Böden und Vegetation degradieren weiträumig aufgrund unangepasster Bewirtschaftung. Erst gegen Ende der 1990er Jahre begann man, die Fehlentwicklungen im Agrarsektor ernster zu nehmen.

Afrikas Staaten gründeten 2001 das *New Partnership*

for Africa's Development (NEPAD). NEPAD hat das Ziel, Afrikas wirtschaftliches Wachstum zu fördern, indem es eine Verbesserung der *Governance* wie auch der Infrastruktur in Afrika anstrebt. Landwirtschaft ist mit dem *Comprehensive Africa Agriculture Development Programme* (CAADP) einer der erklärten Schwerpunkte von NEPAD. Mit der CAADP-Politik verpflichteten sich Afrikas Staaten, ihre Ausgaben für Landwirtschaft auf mindestens 10 % des Staatsbudgets anzuheben, um 6 % Wachstum im Agrarsektor zu erreichen. Mit Hilfe von vier programmatischen Säulen, durch Koordinierung über regionale Wirtschaftsgemeinschaften sowie über das Fördern von regionalen und kontinentalen Lernprozessen will CAADP die inhaltliche Qualität von nationalen Agrarprogrammen steuern helfen. Auf internationaler Ebene wird CAADP als zentrales Programm zur Agrarförderung in Afrika wahrgenommen – so sicherten sowohl die G8 als auch die EU mehrfach ihre Unterstützung zu.

Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik untersucht seit Mai 2007 mit finanzieller Unterstützung des BMZ und in Partnerschaft mit dem *International Food Policy Research Institute* (IFPRI), wie sich CAADP in natio-

Die Mehrebenen-Politikprozesse CAADP und APRM



Quelle: Eigene Darstellung

nale agrarpolitische Prozesse einfügt und auf sie auswirkt. Dazu werden in zwei Schwerpunktländern (Ghana und Kenia) die CAADP-Implementierungsprozesse analysiert und mit anderen zentralen agrarpolitischen Prozessen der Vergangenheit verglichen.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die Zielsetzung und das institutionelle Arrangement von CAADP im Prinzip höchst sinnvoll sind. Für das komplexe Thema gibt es keinen internationalen Konsens über richtige und falsche Ansätze, so dass der nationale und transnationale Austausch über *lessons learned* wichtig ist. Viele Einzelthemen (bspw. Tierseuchen, Handel, Forschung, Standards) können nur regional gelöst werden und sind oft auch schon Teil regionaler Integrationsprozesse.

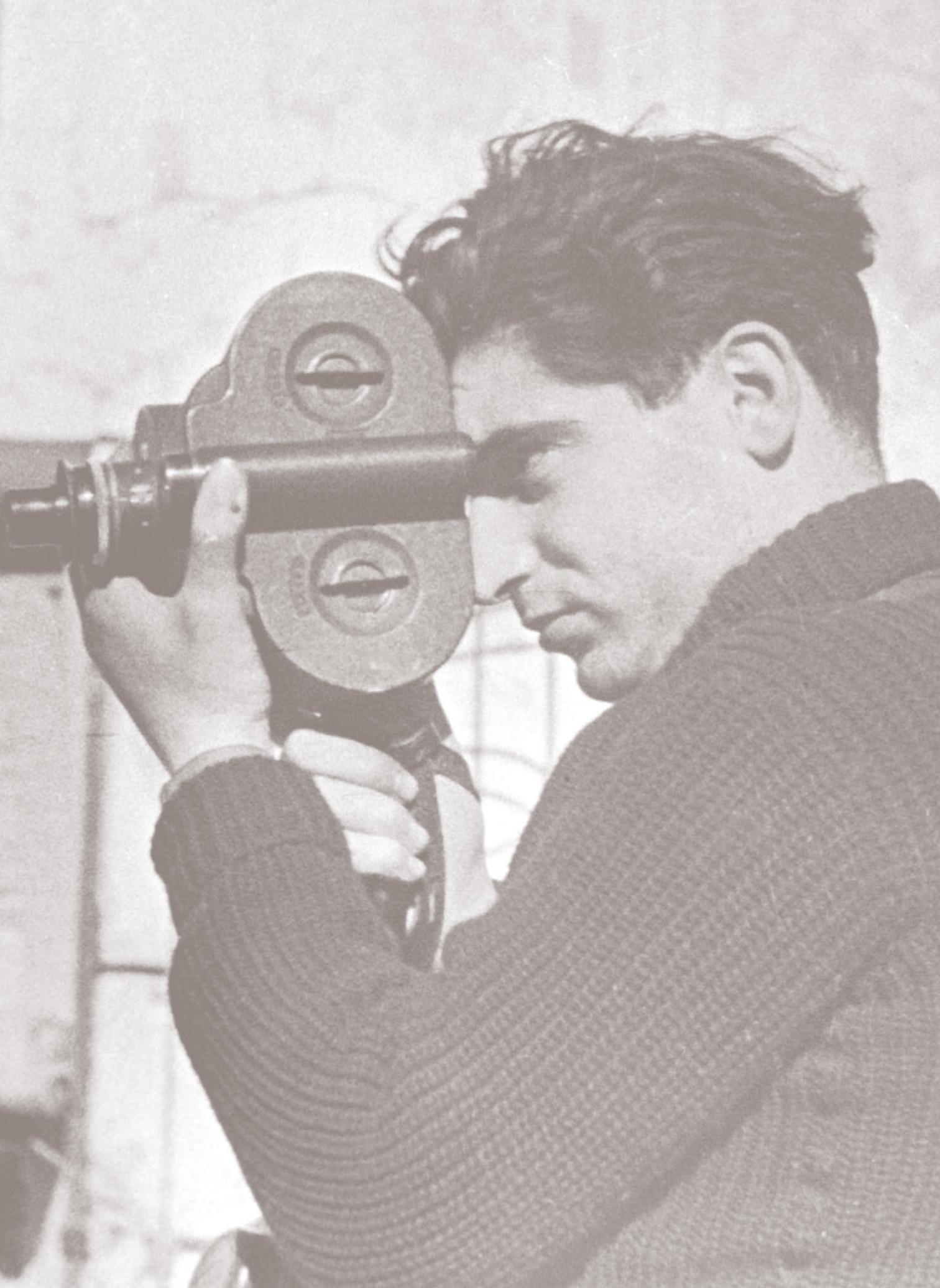
Allerdings sind trotz seines Potentials die Ergebnisse von CAADP bisher nicht überzeugend. Es ist noch nicht gelungen, die Agrarpolitiken der Mitgliedsländer merklich zu beeinflussen. Die Strategiepapiere zu den programmatischen Säulen sind noch nicht vollständig fertig gestellt und es findet bisher kaum institutionalisierter Erfahrungsaustausch statt. Als einziges Land hat bisher Ruanda 2007 einen sogenannten *compact*

abgeschlossen. Auch gibt es noch kein systematisches Monitoring für alle CAADP-bezogenen Ausgaben. Immerhin steigen die Budgetanteile für die Agrarministerien in vielen Ländern, und es gibt wenn auch langsame Fortschritte in allen Bereichen.

Um einen Erfolg von CAADP zu gewährleisten, sind vier Punkte besonders relevant: 1. bessere Kommunikation und Informationen über die Natur, Ziele und Fortschritte von CAADP; 2. klarere Rollenzuweisungen für Akteure auf kontinentaler, regionaler und nationaler Ebene (s. Abbildung); 3. bessere Verzahnung von CAADP mit laufenden agrarsektoralen Reformprozessen auf nationaler Ebene; 4. verbesserte Integration des Agrarsektors in gesamtstaatliche Reformprozesse. Dazu gehört auch der *African Peer Review Mechanism* (APRM), der Rahmenbedingungen untersucht. Mehr Unterstützung durch Geber, die sich davor bisher scheuten, einerseits wegen der aufgezeigten Schwächen, andererseits aber auch, um die afrikanische *Ownership* zu erhalten. Schließlich können Reformen dieser Größenordnung nur dann erfolgreich sein, wenn hierfür ein langer Atem vorhanden ist.

Afrika ist die Weltregion mit den größten Entwicklungs-herausforderungen. In vielen Ländern Afrikas sind positive politische und ökonomische Trends festzustellen wie die Entwicklung in Richtung Mehrparteiensystem oder ein kontinentales Wirtschaftswachstum um 5 % jährlich seit 2001. Dies wird allerdings von anderen Entwicklungen, insbesondere im Umwelt- und Klimabereich, aber auch aufgrund der seit 2006 stark steigenden Nahrungsmittelpreise, in Frage gestellt. Auch sind einzelne politische Entwicklungen besorgniserregend, wie etwa die Staatskrise in Kenia. Zusammengefasst werden die unbestrittenen positiven Entwicklungen nicht ausreichen, um etwa die MDGs bis 2015 zu erreichen.

Die Afrikagruppe des DIE befasst sich themenübergreifend und interdisziplinär mit Forschung zu Afrika. Die Arbeit beinhaltet auch die politische Beratung der Bundesregierung zur Strategieentwicklung auf Länder-, regionaler und kontinentaler Ebene.



Wer mitreden
will, macht sich
ein eigenes Bild.

Das Exzellenzprogramm des DIE und seine Länderarbeitsgruppen

Das Exzellenzprogramm des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) für Postgraduierte gehört zu den traditionsreichen Kernstücken des Instituts. Hier werden zukünftige Führungskräfte für die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit vorbereitet, indem sie sich mit strategischen Themen globaler Entwicklung sowie der Entwicklungspolitik intensiv auseinandersetzen. Das Programm besteht seit 43 Jahren und mehr als 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben in dieser Zeit das Postgraduierten-Programm des DIE durchlaufen. Darunter befinden sich Achim Steiner, Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen und Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms (UNEP), Renate Schubert, Professorin für Nationalökonomie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich und gefragte Politikberaterin an den Schnittstellen von Wirtschafts- und Umweltpolitik sowie zwei der drei derzeitigen Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer des Exzellenzprogramms werden mit Hilfe eines ausgefeilten

Verfahrens von einer Auswahlkommission aus einem großen Bewerberpool ausgewählt. Während der gesamten Ausbildung werden sie eingehend beruflich beraten und bei ihrem Einstieg in den Arbeitsmarkt vom DIE unterstützt.

Inhaltlich besteht das Postgraduierten-Programm aus einer zweimonatigen Plenums- und einer siebenmonatigen Praxisphase. In der Plenumsphase steht die Beschäftigung mit globalen Herausforderungen, Nord-Süd-Beziehungen sowie entwicklungspolitischen Konzepten im Vordergrund. In der Praxisphase befassen sich vier „Länderarbeitsgruppen“ (LAGs) unter Leitung einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers des DIE mit spezifischen entwicklungspolitischen Fragestellungen. Während eines dreimonatigen Aufenthalts in einem Entwicklungsland wird eine empirische Studie angefertigt, die sowohl Forschungs- als auch Beratungsrelevanz aufweist. Die LAGs kooperieren dabei immer mit Partnerinstitutionen aus dem Gastland wie Ministerien, Universitäten oder Nichtregierungsorganisationen (NRO). Hierauf aufbauend entstehen zum Teil lange währende Partnerschaften, die auch für spätere

Die Länderarbeitsgruppen des 43. und 44. Ausbildungsgangs

Biodiesel und ländliche Entwicklung in **Indien**

Steuern, fiskalische Dezentralisierung und soziale Kohäsion in **Peru**

Investitionsklima und Wirtschaftsentwicklung in **Mosambik**

Energieeffizienz in Gebäuden: Ein Beitrag **Chinas** zur Minderung des Klimawandels



Biokraftstoffproduktion in **Namibia**: Chancen und Herausforderungen für ländliche Entwicklung

Laos' Beitritt zur WTO – Implikationen für die Agrarpolitik und die Agrarexporte

Anwendung von Umwelt- und Sozialstandards bei Wasser- und Energieprojekten in der **Türkei**

Südafrika: Ein aufstrebender Anbieter von Umweltinnovationen für Subsahara-Afrika?

Die Länderarbeitsgruppen des DIE sind das Herzstück der Ausbildung

In der Länderarbeitsgruppe habe ich gelernt, dass ...

„neben inhaltlicher Kompetenz auch der Umgang mit den Kollegen in einer Arbeitsgruppe entscheidend für die Qualität der Resultate ist.“

Jens Pulkowski, jetzt KfW Bankengruppe, Frankfurt

„erfolgreiche Gruppenarbeit ein harter Weg aber ein berauschendes Ziel ist.“ Lena Bretas, jetzt Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn

„ein gutes Team Konflikten nicht aus dem Weg geht, sondern sie gemeinsam bewältigt.“ Nina Netzer, jetzt Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Für mein späteres Berufsleben ... „ist die Erfahrung während der Ausbildung besonders hilfreich, weil die fachlichen und persönlichen Qualifikationen für dieses Berufsfeld so gezielt und intensiv vertieft werden, wie es einem kaum eine Universität bieten kann.“ Lena Traub, jetzt GOPA Consultants GmbH, Bad Homburg

Forschungskooperationen von Bedeutung sein können.

Im Exzellenzprogramm zeigt sich der Dreiklang des DIE aus Forschung, Beratung und Ausbildung besonders deutlich: Über den wissenschaftlichen Stab werden die Ergebnisse aus der Forschung und die Beratungsinhalte direkt in den Kurs eingebracht. Umgekehrt werden im Kurs selbst neue Fragen aufgeworfen und neue Beratungsprodukte durch die LAGs erstellt.

Das Postgraduierten-Programm des DIE wird kontinuierlich an die geänderten Bedingungen und Anforderungen der Entwicklungspolitik angepasst. Zuletzt wurde im Jahr 2007 die zweimonatige Plenumsphase modifiziert. Im Ergebnis werden *Governance*- und Umweltthemen sowie das Zusammenspiel der Entwicklungspolitik mit anderen außenorientierten Politiken heute stärker als zuvor gewichtet, und die gesamte Ausbildung wird jetzt von einem methodischen Modul flankiert, welches die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und Formen der Politikberatung ausführlich behandelt. Diese modifizierte Themengewichtung spiegelt auch die wichtigsten öffentlichen Debatten, Zukunftsfragen internationaler Kooperation und die neue Abteilungsstruktur des DIE wider. Im Zuge der Reform werden nun Weltprobleme wie der Klimawandel, die Nahrungsmittelkrise und HIV/AIDS stärker in den Kontext von *Global Governance* gestellt und damit inhaltlich eng mit der *Global Governance School* des DIE verknüpft.

Seit Bestehen des Kurses feilen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer intensiv an ihren kommunikativen Fähigkeiten. Feste Bestandteile sind Module zur Moderation und Präsentation, zum effektiven und leserfreundlichen Schreiben sowie Seminare zu Teambildung und Konfliktmanagement. Nicht zuletzt lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die eingebauten Feedback-Schleifen während der gesamten Ausbildung, Kritik entgegenzunehmen, aber auch Wertschätzung und Kritik konstruktiv zu äußern und somit gemeinsame Lernprozesse voranzubringen.

Gute Führungsfähigkeiten beinhalten neben den oben genannten Eigenschaften auch ein hohes Maß an Verantwortlichkeit, Kreativität und Fähigkeit zur Wissensvermittlung. Das DIE legt großen Wert darauf, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der Ausbildung die Inhalte selbst mitgestalten, um diese Kompetenzen zu erlernen. Hinzu kommt der intensive Austausch mit der *Global Governance School*. So können die neu erworbenen Fähigkeiten in einen internationalen Zusammenhang gestellt werden. Die Kontakte werden bei gemeinsamen Veranstaltungen sowie im DIE-Café gepflegt und haben häufig einen hohen persönlichen Wert. Die fachliche und soziale Vernetzung erleichtert darüber hinaus im späteren Berufsleben Kooperationen in der Entwicklungspolitik.

Dialog und Netzwerk- bildung für Führungskräfte von Morgen

Weltpolitische Entwicklungen, wie die rasant zunehmenden wirtschaftlichen Wachstumsraten in einigen Ländern des Südens, und ständig wachsende globale Herausforderungen wie Klimawandel, Nahrungsmittelkrise, Aids, Armut und Gewalt, machen eine Neugestaltung der *Global Governance*-Architektur unabdingbar. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) betrachtet strategische Partnerschaften mit den Ankerländern als ein pragmatisches Instrument zum Management weltumspannender Probleme und Risiken. Um die notwendigen Innovationen in der globalen Politikgestaltung herbeizuführen, müssen neue Allianzen mit unterschiedlichen Akteuren geschaffen werden. Nur durch eine möglichst breite Teilhabe an diesen Prozessen können die vereinbarten Regelungen akzeptiert und deren Nachhaltigkeit gesichert werden.

Vor diesem Hintergrund bietet das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) seit 2007 mit der *Global*

Governance School (GGS) eine Fortbildung für Nachwuchsführungskräfte aus Ankerländern an. Die GGS ist der akademisch-wissenschaftliche Teil des Dialog- und Weiterbildungsprogramms *Managing Global Governance* (MGG), das gemeinsam vom DIE und InWEnt (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) im Auftrag des BMZ durchgeführt wird. Es richtet sich an hochqualifizierte junge Menschen, die in Regierungseinrichtungen, politikorientierten *Think Tanks* und Forschungseinrichtungen tätig sind.

Weitere zentrale Komponenten des Programms sind das vom Auswärtigen Amt durchgeführte Modul *International Futures* sowie ein zweimonatiger Praxis- und Forschungsaufenthalt an verschiedenen deutschen, europäischen oder internationalen Institutionen. In dieser Zeit arbeiten die Teilnehmenden an Projektstudien, in denen sie ein für ihre Heimat- und ihre Gastinstitution gleichsam relevantes Thema bearbeiten. Ein optionaler Deutschkurs und Module zu

Ankerländer spielen aufgrund ihrer wachsenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung eine immer wichtigere Rolle in ihren Regionen und bei der politischen Gestaltung der Globalisierung. Derzeit nehmen Nachwuchsführungskräfte aus

sieben Ländern am Programm der Global Governance School teil. Um den Dialog mit der europäischen Seite auch innerhalb des Kurses zu verstärken wird angestrebt, bis zu drei Young Professionals aus Deutschland/Europa aufzunehmen.

Herkunftsländer der Teilnehmerinnen und Teilnehmer



fachübergreifendem Kompetenztraining runden das Programm ab.

Das MGG-Programm hat zwei übergeordnete Ziele: Durch die Qualifizierung von Nachwuchsführungskräften sollen die Partnerländer in ihrer Kompetenz zur Gestaltung von Globalisierungsprozessen sowie bei der Umsetzung nationaler Reformpolitiken und der Armutsreduzierung gestärkt werden. Gleichzeitig dient es der Netzwerkbildung zwischen Deutschland/Europa und den beteiligten Ländern. Ziel ist der Aufbau stabiler, strategischer Partnerschaften „auf Augenhöhe“ als Instrument zur gemeinsamen Lösung globaler Herausforderungen.

Die GGS baut auf bereits vorhandene Kompetenzen der Teilnehmenden auf. Als Orientierung dient das Kompetenzprofil eines *Global Governance-Leaders*, der in der Lage ist, Zukunftschancen wahrzunehmen und darauf aufbauend nachhaltige Lösungen herbeizuführen. Notwendige Kenntnisse und Fertigkeiten,

wie z. B. analytische Fähigkeiten, Kenntnisse in der Anwendung partizipativer Methoden, werden vermittelt und u. a. im Rahmen von Rollenspielen trainiert. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung einer gemeinsamen Vision von guter *Global Governance*, bei gleichzeitiger Anerkennung unterschiedlicher Interessen und Sichtweisen.

In der GGS findet die Auseinandersetzung mit den Schlüsselfragen, Instrumenten und Akteuren von *Global Governance* statt – mit besonderem Augenmerk auf der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Das Curriculum ist auf einen breit angelegten Dialog zwischen den Teilnehmenden untereinander sowie mit deutschen und europäischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und dem Nichtregierungsbereich hin ausgerichtet. Deutsche und europäische Perspektiven werden dabei ebenso kritisch begutachtet wie die der Partnerländer.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden aktiv

in die Umsetzung des Lehrplans mit einbezogen: Sie übernehmen Verantwortung bei der Vorbereitung der Seminare, moderieren Paneldiskussionen, gestalten diese durch eigene Inputs auch inhaltlich oder arbeiten eigenständig in Kleingruppen. Thematische Schwerpunkte sind Welthandel, internationale Finanzarchitektur, Entwicklungspolitik, Armutsbekämpfung, globale Umweltpolitik und Klimawandel, Völkerrecht und Migration.

Ein Kurs mit hochqualifizierten jungen *Professionals* aus sieben Ländern bringt es mit sich, dass nicht nur unterschiedliche Arbeitsweisen und Anspruchshaltungen an sich und an die Gruppe integriert, sondern daraus entstehende Konflikte auch in konstruktive Bahnen gelenkt werden müssen. So führen unterschiedliche Einstellungen zu Themen wie der Universalität von individuellen Menschenrechten, Freiheit und Demokratie zu einem interessanten intellektuellen Diskurs über Inhalt und Begrifflichkeiten. Vor

allem bei diesen Diskussionen werden die Heterogenität der Teilnehmenden und ihre vielfältigen – bisweilen auch kontroversen Ansichten besonders deutlich.

Besonderer Wert wird auf die Kombination aus fundierter wissenschaftlicher Ausbildung und Beispielen aus der Praxis gelegt. So werden theoretische Ansätze stets mit konkreter Politikgestaltung und deren Umsetzung verknüpft. Bei Studienreisen nach Genf und Brüssel erhalten die Teilnehmenden einen Einblick in europäische und internationale *Global Governance*-Institutionen und lernen deren Arbeitsweise kennen. Die Kombination aus akademischer Ausbildung und Netzwerkbildung einerseits sowie Theorie und Praxis andererseits ist nach Meinung der externen Gutachter, die das Programm begleitend evaluieren, im Vergleich zu Angeboten mit einer ähnlichen Ausrichtung einzigartig.

Parallel zur Durchführung des Programms ist es gelungen, unter der Bezeichnung *Global Governance Research Network* eine (derzeit noch informelle)

Stimmen von Teilnehmern der Global Governance School

"I only argued from Brazil's perspective until now. Here I learned to recognize the views of other countries." **Jana de Macêdo, Secretariat of the Economic and Social Development Council (CDES), Brasilien**

"GGS gives me a broader and brand-new vision and insight on global issues". **Yuan Wu, Chinese Academy of Social Sciences**

"DIE's hospitality, policy-oriented research, and dynamic academic activities made our stay fruitful." **Niu Haibin, Shanghai Institute for International Studies, China**

"Taking part in the MGG programme represented a great opportunity to exchange perspectives on global issues among participants from very diverse backgrounds. It was also a unique experience that allowed us to learn from the German and European views on Global Governance." **Giuliana Bruno, Instituto Ethos, Brasilien**

"We, i.e. the emerging economies, the large ones, must not only pursue our own interests but also communicate with the other countries in our respective regions and ensure the incorporation of their interests as well." **Archna Negi, Jawaharlal Nehru University, Indien**

langfristige, strategische Forschungskooperation mit den Partnerorganisationen aufzubauen. Die Zusammenarbeit erstreckt sich über die Ausrichtung von Konferenzen, gemeinsame Publikationen, den Austausch von Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftlern sowie die Einbindung leitender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Führungskräfte der Partnerorganisationen als Lehrende in der GGS.

Die Forschungskooperation stärkt zusätzlich

den Dialogcharakter des Programms, da dadurch der Dialog auf verschiedenen Ebenen stattfinden kann: mit den *Young Professionals* als Kursteilnehmenden und den Führungskräften als *Resource Persons*. Auch die regelmäßigen Evaluations- und Partnerworkshops mit den Partnerinstitutionen unterstreichen den innovativen Dialogansatz des MGG, da aufgrund des kontinuierlichen Austauschs die Programmkomponenten gemeinsam weiterentwickelt und den Ansprüchen aller Seiten angepasst werden können.

Die Global Governance School

Mit der *Global Governance School* (GGS) bietet das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik eine Fortbildung für Nachwuchsführungskräfte aus Ankerländern an. Die Teilnehmenden setzen sich mit den Schlüsselfragen, Instrumenten und Akteuren von

Global Governance auseinander – mit besonderem Augenmerk auf der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Im Rahmen des Programms *Managing Global Governance* (MGG) werden pro Jahr 2 GGS-Kurse von jeweils 2 Monaten Dauer durchgeführt.



UN-Campus Bonn, ehem. Abgeordnetenhochhaus Langer Eugen

Es braucht Mut
und Überzeugungs-
kraft, um sich zu
behaupten.

Bild: Wangari Maathai, kenianische Professorin und Umweltaktivistin, die im Jahr 2004
als erste afrikanische Frau den Friedensnobelpreis erhielt



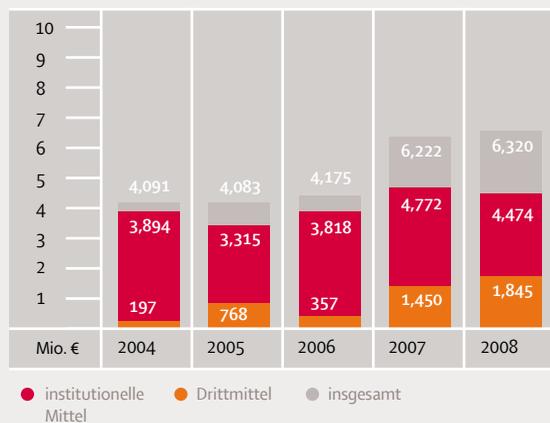
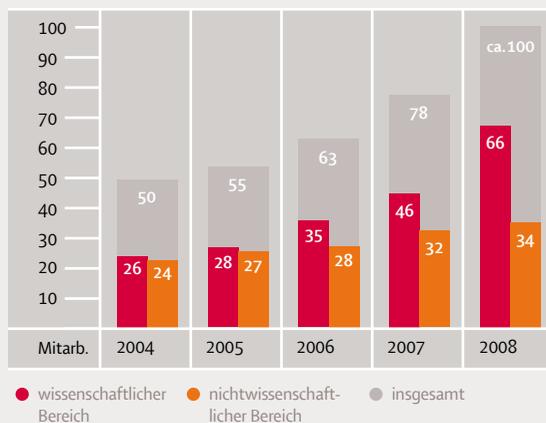
Personelle und organisatorische Entwicklung

Die Internationalisierung und Vernetzung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) wurde in den letzten beiden Jahren durch einen erheblichen Wachstumsprozess flankiert, der dem Institut neue Möglichkeiten eröffnete, es zugleich aber personell und organisatorisch vor eine große Herausforderung stellte. War das DIE 2007 mit einem Stamm von 63 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins neue Jahr gestartet, sind im Dezember 2008 rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Institut beschäftigt, davon arbeiten mehr als zwei Drittel im wissenschaftlichen Bereich. Der wissenschaftliche Stab wuchs in diesem Zeitraum von 35 auf über 60 Personen.

Aus diesem Grund haben Personalentwicklung bzw. Personalentwicklungsstrategien an Stellenwert gewonnen und wurden für die Führungskräfte des Instituts zu einer immer wichtigeren Aufgabe. Neue

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Rahmen von nationalen wie internationalen Auswahlverfahren gewonnen, wobei neben den exzellenten fachlichen Qualifikationen auch soziale Kompetenz und Teamfähigkeit, die für die Arbeit des Instituts im interkulturellen Kontext unerlässlich sind, die Auswahlentscheidungen beeinflusst haben. Daneben wurden für das Institut maßgeschneiderte Mitarbeitergespräche als Personalführungsinstrument eingeführt, mit denen die persönliche Entwicklung des wissenschaftlichen wie nichtwissenschaftlichen Personals gezielt begleitet und unterstützt wird. Darauf aufbauend werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von internen und externen Trainern in Bereichen fortgebildet, die für eine moderne Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungsleistung erforderlich sind: *Team Building*, *Report Writing* und *Zeitmanagement* gehören dazu.

Anzahl der Mitarbeiter und finanzielle Entwicklung 2004–2008



Der vollständige, nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften erstellt und im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichte Jahresabschluss des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang,

wurde unter Einbeziehung der Buchführung sowie des Lageberichts von der Verhülsdonk & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Organisatorisch sah sich das DIE vor der enormen Aufgabe, innerhalb kurzer Zeit einen Personalzuwachs zu verkraften, ohne von den gewohnt hohen Qualitätsstandards des Instituts abzuweichen. Zahlreiche neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten sich zeitgleich in die Strukturen des DIE eingliedern, was von den vorhandenen Beschäftigten ein hohes Maß an Geduld, Kollegialität sowie fachlichen und persönlichen Einsatz erforderte. Zusätzlich wurde schnell deutlich, dass es sich auch lohnte, lang bewährte Abläufe zu hinterfragen und an die neuen Bedingungen anzupassen. Die eindeutige Ausrichtung der wissenschaftlichen Arbeit des DIE an den Exzellenzkriterien der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft hilft, diesen Prozess zu unterstützen.

Die Stärkung des wissenschaftlichen Bereiches führte auch im nichtwissenschaftlichen Bereich zu Veränderungen, um die Arbeit der Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler am Institut weiterhin optimal zu unterstützen. So erforderte die erhebliche Ausweitung durch Drittmittel eine effiziente Projektsteuerung im administrativen Bereich. Zusätzlich stand dem Institut durch den Umzug in das neue Gebäude ab 2007 eine ausgezeichnete und technisch ausgeklügelte Infrastruktur zur Verfügung, um öffentliche wie nichtöffentliche Veranstaltungen auf hohem Niveau auszurichten. Das DIE hat die Chance ergriffen und seither zahlreiche nationale wie internationale Konferenzen und Tagungen durchgeführt. Daneben war es auch möglich, die wissenschaftlichen Ergebnisse des DIE durch die Stärkung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einem größeren Publikum näherzubringen.

Das Institut hat sich mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den mit dem Wachstumsprozess einhergehenden Herausforderungen gestellt.



Der nichtwissenschaftliche Bereich
Skulpturengruppe „Frauen der Formation“ 1986–2006, Bonn

Es bedarf heraus-
ragender Methoden,
um exzellente
Leistungen zu
erzielen.



Studies

2008

von Haldenwang, Christian et al.

Kommunale Steuerverwaltung im Kontext des peruanischen Dezentralisierungsprozesses: Das Modell der semi-autonomen Steueragenturen

Studies 42

Richerzhagen, Carmen et al.

Energy efficiency in buildings in China: policies, barriers and opportunities

Studies 41

Lundsgaarde, Erik

Building long-term scenarios for development: the methodological state of the art with an application to foreign direct investment in Africa

Studies 40

Kosow, Hannah / Robert Gafšner

Methods of future and scenario analysis: overview, assessment, and selection criteria

Studies 39

Klingebiel, Stephan et al.

Donor contributions to the strengthening of the African peace and security architecture

Studies 38

Brüntrup, Michael et al.

Monitoring economic partnership agreements : inputs to the negotiations and beyond

Studies 37

Brüntrup, Michael et al.

Politique commerciale et développement agricole au Sénégal: les enjeux de la politique d'importation pour certains secteurs agricoles face aux accords sur le commerce international

Studies 36

Vatterodt, Martina

The implementation of the Paris Declaration on aid effectiveness by the United Nations: progress to date and need for further reforms

Studies 35

Liebig, Klaus et al.

Municipal borrowing for Infrastructure service delivery in South Africa – a critical review

Studies 34

Faust, Jörg et al.

Political fragmentation, decentralization and development cooperation: Ecuador in the Latin American context

Studies 33

Scheumann, Waltraud / Elke Herrfahrdt-Pähle / Marianne Alker

Conceptualizing cooperation on Africa's transboundary groundwater, Studies 32

2007

Vatterodt, Martina

Die Umsetzung der Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit durch die Vereinten Nationen: Stand und weiterer Reformbedarf

Studies 31

Loewe, Markus et al.

The impact of favouritism on the business climate: a study on Wasta in Jordan

Studies 30

Grävingholt, Jörn / Claudia Hofmann/Stephan Klingebiel

Development cooperation and non-state armed groups

Studies 29

Leiderer, Stefan et al.

Public financial management for PRSP implementation in Malawi: formal and informal PFM institutions in a decentralising system

Studies 28

Altenburg, Tilman

From project to policy reform: experiences of German development cooperation

Studies 27

Chahoud, Tatjana et al.

Corporate social and environmental responsibility in India – assessing the UN global compact's role

Studies 26

Horlemann, Lena / Susanne Neubert

Virtual water trade: a realistic concept for resolving the water crisis

Studies 25

Grävingholt, Jörn / Hofmann, Claudia / Klingebiel, Stephan

Entwicklungszusammenarbeit im Umgang mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren

Studies 24

Discussion Paper

2008

Sushko, Oleksandr

The impact of Russia on governance structures in Ukraine
Discussion Paper 24/2008

Horstmann, Britta

Framing adaptation to climate change – a challenge for building institutions
Discussion Paper 23/2008

Liebig, Klaus / Jürgen Wiemann

Benchmarkstudie: Personalentwicklungsbedarf in der nationalen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit
Discussion Paper 22/2008

Liebig, Klaus / Gerhard Ressel / Ulrike Rondorf

Dutch Disease: ökonomische Prozesse und Implikationen für die Entwicklungszusammenarbeit
Discussion Paper 21/2008

Wiemann, Jürgen

Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen
Discussion Paper 20/2008

Kästner, Antje

From chaos to pragmatism? The domestic dimension of Russian foreign policy 1991-2008
Discussion Paper 19/2008

Pomerleano, Michael

Developing regional financial markets – the case of East Asia
Discussion Paper 18/2008

Stamm, Andreas

Development studies – development research: Germany's position in international perspective
Discussion Paper 17/2008

Hampel-Milagrosa, Aimée

Gender differentiated impact of investment climate reforms: a critical review of the doing business report
Discussion Paper 16/2008

Müller-Kraenner, Sascha

China's and India's emerging energy foreign policy
Discussion Paper 15/2008

Dosch, Jürgen / Alexander L. Vuying

The impact of China on governance structures in Vietnam
Discussion Paper 14/2008

Schmitz, Hubert / Dirk Messner

Poor and powerful – the rise of China and India and its implications for Europe
Discussion Paper 13/2008

Wagner, Christian

Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch
Discussion Paper 12/2008

Grimm, Sven

Reforms in the EU's aid architecture and management – the commission is no longer the key problem. Let's turn to the system
Discussion Paper 11/2008

Berger, Axel

China and the global governance of foreign direct investment
Discussion Paper 10/2008

Shao, Yuqun

The EU's Central Asia policy and its implications for China
Discussion Paper 9/2008

Schott, Jeffrey J.

The future of the multilateral trading system in a multi-polar world
Discussion Paper 8/2008

Manning, Richard

The DAC as a central actor in development policy issues: experiences over the past four years
Discussion Paper 7/2008

Loewe, Markus

The Millennium Development Goals: chances and risks
Discussion Paper 6/2008

Schetter, Conrad / Katja Mielke

Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan – Eine Analyse aus der Ankerlandperspektive
Discussion Paper 5/2008

Bader, Julia

Innenpolitischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Außenpolitik Chinas
Discussion Paper 4/2008

Phillips, Lauren M.

International relations in 2030: the transforming power of large developing countries
Discussion Paper 3/2008

Soest, Christian von

Donor support for tax administration reform in Africa: experiences in Ghana, Tanzania, Uganda and Zambia
Discussion Paper 2/2008

Haldenwang, Christian von

Taxation, social cohesion, and fiscal decentralization in Latin America
Discussion Paper 1/2008

2007

Leão, Ana

Different opportunities, different outcome: civil war and rebel groups in Angola and Mozambique
Discussion Paper 24/2007

Berensmann, Kathrin / Angélique Herzberg

International sovereign insolvency procedure: a comparative look at selected proposals
Discussion Paper 23/2007

Richerzhagen, Carmen / Imme Scholz

China's capacities for mitigating climate change
Discussion Paper 22/2007

Berger, Bernt / Uwe Wissenbach

EU-China-Africa trilateral development cooperation
Discussion Paper 21/2007

Faust, Jörg / Dirk Messner

Organization challenges for an effective aid architecture: traditional deficits, the Paris Agenda and beyond
Discussion Paper 20/2007

Obser, Andreas

Multilateral organisations performance assessment: opportunities and limitations for harmonisations among development agencies
Discussion Paper 19/2007

Gu, Jing / John Humphrey / Dirk Messner

Global Governance and developing countries: the implications of the rise of China
Discussion Paper 18/2007

Burnell, Peter

Does international democracy promotion work?
Discussion Paper 17/2007

Schirm, Stefan A.

Die Rolle Brasiliens in der globalen Strukturpolitik
Discussion Paper 16/2007

Dussel Peters, Enrique / Günther Maihold

Die Rolle Mexikos in der globalen Strukturpolitik
Discussion Paper 15/2007

Müller, Inga

Perspectives for Germany's scientific-technological cooperation with Subsaharan Africa
Discussion Paper 14/2007

Engel, Ulf

Entwicklungszusammenarbeit mit Nigeria – Eine Analyse aus der Ankerlandperspektive
Discussion Paper 13/2007

Neubert, Susanne et al.

Poverty oriented sustainable irrigation policy in Kenya: empirical results of a study and suggestions for reform
Discussion Paper 12/2007

Mürle, Holger

Towards a division of labour in European Development Cooperation: case studies
Discussion Paper 11/2007

Wolff, Peter / Stefan Leiderer:

Public Financial Management als Beitrag zu Good Financial Governance
Discussion Paper 10/2007

Berensmann, Kathrin / Angélique Herzberg

Insolvenzrecht für Staaten: Ein Vergleich von ausgewählten Vorschlägen
Discussion Paper 9/2007

Stott, Noel

Negotiating in practice what is non-negotiable in principle: development policy and armed non-state actors
Discussion Paper 8/2007

Analysen und Stellungnahmen

Klingebl, Stephan / Stefan Leiderer / Petra Schmidt

Wie wirksam sind neue Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit? Erste Erfahrungen mit Programme Based Approaches (PBAs)
Discussion Paper 7/2007

Mürle, Holger

Towards a division of labour in European Development Cooperation: operational options
Discussion Paper 6/2007

Berensmann, Kathrin

Debt swaps: an appropriate instrument for development policy? The example of German debt swaps
Discussion Paper 5/2007

Klingebl, Stephan

Africa Agenda for 2007: suggestions for the German G8 and EU Council Presidencies
Discussion Paper 4/2007

Berensmann, Kathrin

Debt Swaps: Ein geeignetes entwicklungspolitisches Instrument? Das Beispiel deutscher Sept Swaps
Discussion Paper 3/2007

Altenburg, Tilman / Christian von Drachenfels

Creating an enabling business environment in Asia: to what extent is public support warranted?
Discussion Paper 2/2007

Herberer, Thomas / Anja D. Senz

China's significance in international politics: domestic and external developments and action potentials
Discussion Paper 1/2007

2008

Pegels, Anna

Anreize für Privatinvestitionen in die Begrenzung des Klimawandels
Analysen und Stellungnahmen 15/2008

Kapoor, Sony

Steigerung inländischer Ressourcenmobilisierung durch Bekämpfung von Steuerflucht
Analysen und Stellungnahmen 14/2008

Chahoud, Tatjana

Südliche Akteure in der Entwicklungskooperation
Analysen und Stellungnahmen 13/2008

Kubny, Julia / Erik Lundsgaarde / Raja Fügner Patel

Wundermittel FDI? Der Entwicklungsbeitrag ausländischer Direktinvestitionen
Analysen und Stellungnahmen 12/2008

Oschinski, Matthias

Sind Cash Transfers eine geeignete Alternative zu Energie- und Nahrungsmittelsubventionen?
Analysen und Stellungnahmen 11/2008

Liebig, Klaus / Peter Wolff

Regionale Entwicklungsbanken – Wichtige multilaterale Institutionen mit regionaler Identität
Analysen und Stellungnahmen 10/2008

Stürmer, Martin

Staatseinnahmen aus dem Rohstoffsektor in Subsahara-Afrika
Analysen und Stellungnahmen 9/2008

Peter Wolff

Die Finanzkrise und die Entwicklungsländer
Analysen und Stellungnahmen 8/2008

Valencia, Adriana / Georg Caspary

Hürden der ländlichen Stromversorgung mit erneuerbaren Energien
Analysen und Stellungnahmen 7/2008

Scholz, Imme / Lars Schmidt

Reduzierung entwaldungsbedingter Emissionen in Entwicklungsländern
Analysen und Stellungnahmen 6/2008

Ashoff, Guido

Die Umsetzung der Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Wo steht Deutschland?
Analysen und Stellungnahmen 5/2008

Brüntrup, Michael

Steigende Nahrungsmittelpreise – Ursachen, Folgen und Herausforderungen für die Entwicklungspolitik
Analysen und Stellungnahmen 4/2008

Chahoud, Tatjana

Soziale Unternehmensverantwortung (CSR) und Arbeitnehmerrechte in der VR China
Analysen und Stellungnahmen 3/2008

Kenneweg, Jochen

Staatlichkeit und Governance: Herausforderungen in Südasien
Analysen und Stellungnahmen 2/2008

Croissant, Aurel / Faust, Jörg

Staatlichkeit und Governance: Herausforderungen in Südostasien
Analysen und Stellungnahmen 1/2008

2007

Vatterodt, Martina

Die Reform der Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen: Trotz Fortschritten noch ein weiter Weg zu mehr Kohärenz
Analysen und Stellungnahmen 10/2007

Chahoud, Tatjana

Süd-Süd Kooperation – Chancen und Herausforderungen für die internationale Zusammenarbeit
Analysen und Stellungnahmen 9/2007

Liebig, Klaus / Ulrike Rondorf

Dutch Disease aufgrund steigender Entwicklungshilfe: Kluges Management und eine effiziente Mittelverwendung können die Holländische Krankheit verhindern
Analysen und Stellungnahmen 8/2007

Bauer, Steffen / Dirk Messner

Klimawandel bedroht globale Entwicklung und internationale Stabilität
Analysen und Stellungnahmen 7/2007

Loewe, Markus

Eine demographische Dividende für die Entwicklungsländer? Konsequenzen des weltweiten Alterungsprozesses
Analysen und Stellungnahmen 6/2007

Altenburg, Tilman / Jochen Weikert

Entwicklungspolitische Dreieckskooperationen mit „Neuen Gebern“
Analysen und Stellungnahmen 5/2007

Schlumberger, Oliver:

Staatlichkeit und Governance im Vorderen Orient: Herausforderungen in Nahost und Nordafrika
Analysen und Stellungnahmen 4/2007

Klingebl, Stephan / Sven Grimm

Staatlichkeit und Governance: Herausforderungen in Subsahara-Afrika
Analysen und Stellungnahmen 3/2007

Grävingsholt, Jörn

Staatlichkeit und Governance: Herausforderungen in Zentralasien und im Südkaukasus
Analysen und Stellungnahmen 2/2007

Faust, Jörg

Staatlichkeit und Governance: Herausforderungen in Lateinamerika
Analysen und Stellungnahmen 1/2007

Externe Buchveröffentlichungen

2008

Altenburg, Tilman / Christian v. Drachenfels

Creating an enabling business environment for private sector development in Sub-Sahara Africa
Wien: UNIDO/GTZ, 2008

Messner, Dirk et al.

(German Advisory Council on Global Change)
Climate change as a security risk
London: Earthscan, 2008

**Scheumann, Waltina / Susanne Neubert /
Martin Kipping (eds.)**

Water politics and development cooperation: local power plays and global governance
Berlin: Springer, 2008,

Messner, Dirk / Raphael Kaplinsky (eds.)

The impact of Asian Drivers on the developing world
Special Issue of "World Development", 36 (2) 2008

2007

Fischer, Doris / Michael Lackner (Hrsg.)

Länderbericht China
Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 2007
(Schriftenreihe 631)

Liebig, Klaus

Internationale Regulierung geistiger Eigentumsrechte und Wissenserwerb in Entwicklungsländern: Eine ökonomische Analyse (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 1),
Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2007

Messner, Dirk et al.

(Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung)
Globale Umweltveränderungen
Klimawandel als Sicherheitsrisiko
Berlin: Springer, 2007

Messner, Dirk / Tobias Diebel / Franz Nuscheler (Hrsg.)

Vulnerability and security in the 21st century.
Global Trends 2007
Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 2007

Qualmann, Regine

South Africa's reintegration into world and regional markets: trade liberalization and emerging patterns of specialization in the Post-Apartheid Era (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 3)
Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2007,

Schlumberger, Oliver

Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung (Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik 2)
Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2007,

Schlumberger, Oliver (ed.)

Debating Arab authoritarianism: dynamics and durability in nondemocratic regimes
Stanford: Stanford University Press 2007



Wer große Themen
angeht, muss die
lokalen Zusammen-
hänge kennen.

Bild: Chico Mendes, brasilianischer Kautschukzapfer, Umweltschützer und Gewerkschafter,
der sich für den Erhalt des Regenwaldes eingesetzt hat; 1988 vom Sohn eines Großgrundbesitzers ermordet.

Organigramm

<p>Axel Berger Dr. Petra Dannecker</p>	<p>Katrin Fröhlich Bernd Lämmlin</p>	<p>Geschäftsführung Geschäftsführer Prof. Dr. Dirk Messner</p>	<p>Stellv. Geschäftsführer Dr. Jürgen Wiemann</p>	<p>Sekretariat Elke Brüninghaus</p>	<p>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Marie-Luise Philippsenburg MaiRET-Stiemszen</p>
<p>Nichtwissenschaftlicher Bereich</p>	<p>Abteilung Bi- und multilaterale Entwicklungspolitik Dr. Guido Ashoff Dr. Stefan Gänzle Dr. Sven Grimm Christine Hackensch Stefan Leiderer Dr. Erik Lundsgaarde Davina Makhan</p>	<p>Abteilung Wettbewerbsfähigkeit und soziale Entwicklung Dr. Tilman Altenburg Bettina Boekle Dr. Michael Brüntrup Dr. Eva Dantas Christian von Drachenfels Dr. Doris Fischer Sunsyana Ganguly Dr. Aimée Hampel-Milagrosa Dr. Matthias Krause Julia Leininger Dr. Markus Loewe Petra Pongraz Nicole Rippin Britta Rennkamp Dr. Andreas Stamm Dr. Roukayatou Zimmermann</p>	<p>Abteilung Governance, Staatlichkeit, Sicherheit Dr. Jörg Faust Julia Bader Dr. Jörn Grävingholt Dr. Christian von Haldenwang Antje Kästner Asiye Öztürk Dr. Oliver Schlumberger Sebastian Ziaja Dr. Stephan Klingebiel (beurlaubt)</p>	<p>Abteilung Umweltpolitik und Ressourcenmanagement Dr. Imme Scholz Marianne Alker Steffen Bauer Tanja Buhles Britta Horstmann Chinwe Ifejiika Speranza Dr. Susanne Neubert Dr. Carmen Richerzhagen Isabel van de Sand Dr. Walina Scheurmann Lars Schmidt Elke Herrfahdt-Pähle Dr. Hildegard Lingnau (beurlaubt)</p>	<p>Abteilung Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung Dr. Peter Wolff Dr. Tatjana Chahoud Julia Kubry Dr. Klaus Liebig Dr. Arma Pegels Ulrich Volz Dr. Kathrin Berensmann (beurlaubt)</p>
<p>Gabriele Kahnt Allg. Verwaltung Ulrike Biederbeck Helko Doerschel Inge Friedrich Paul Gross Vitaliy Isaakov Nikolaj Kaznin Sergij Lehmacher Dieter Nolden Patrycja Schubert Edith Schwarz Daniel Sessink Boris Ueding Bernd Weingartz</p>	<p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Gertrud Frankenreiter Sekretariat: Fatia Elsermann</p>	<p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Pamela Bajjal Sekretariat: Ina Klemke</p>	<p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Gertrud Frankenreiter Sekretariat: Gisela Kuhlmann</p>	<p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Anette Köhler-Rahm Sekretariat: Ina Gampfer</p>	<p>Geschäftsstelle Projekt-Koordination: Anette Köhler-Rahm Sekretariat: Christia Ottersbach</p>
<p>Renate Scholten Helke Großer Andrea Nepicks MaiRET-Stiemszen Petra Vogel</p>	<p>Gesamtzuständigkeit für Aus- und Fortbildung Dr. Guido Ashoff Elke Brüninghaus Nachkontakte Postgraduierten-Programm: Dr. Klaus Liebig Ina Gampfer</p>	<p>Arbeitsgruppe Global governance und Entwicklungspolitik Prof. Dr. Dirk Messner Dr. Tilman Altenburg Steffen Bauer Dr. Kathrin Berensmann Dr. Tatjana Chahoud Dr. Jörg Faust Dr. Thomas Fues Julia Leininger Dr. Klaus Liebig Dr. Carmen Richerzhagen Dr. Imme Scholz Dr. Andreas Stamm</p>	<p>Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika Dr. Sven Grimm Dr. Susanne Neubert Steffen Bauer Dr. Michael Brüntrup Christian von Drachenfels Elke Herrfahdt-Pähle Stefan Leiderer Julia Leininger Dr. Klaus Liebig Dr. Peter Wolff Dr. Roukayatou Zimmermann</p>	<p>Regional koordinierung Subsahara-Afrika Dr. Sven Grimm Dr. Susanne Neubert Nahost, Nordafrika Dr. Markus Loewe Lateinamerika Dr. Christian von Haldenwang Asien Dr. Peter Wolff Mittel- und Osteuropa, ehem. SU Dr. Jörn Grävingholt</p>	<p>Global Governance School Dr. Regine Mehl Dr. Thomas Fues Jeanne Läät Asiye Öztürk</p>
<p>Bibliothek und Dokumentation Renate Scholten Helke Großer Andrea Nepicks MaiRET-Stiemszen Petra Vogel</p>	<p>Veröffentlichungen Renate Bugdoll Andrea Nepicks</p>				

Karin Kortmann, MdB (Vorsitzende)

Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin

Dr. Peter Ammon

(bis Juli 2007)
Ministerialdirektor, Auswärtiges Amt, Berlin
(jetzt: Staatssekretär im Auswärtigen Amt)

Prof. Dr. Ulrich Hiemenz

Direktor, Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Bonn

Wolfgang Kroh

Vorstandsmitglied, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

Dr. Wolfgang Lutterbach

Bundesvorstand, Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin

Winfried Mengelkamp

Gruppenleiter Internationale Zusammenarbeit, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, „UN Standort Bonn / Koordination der EZ“, Düsseldorf

Dr. Ulla Mikota

(bis Juni 2008)
Geschäftsführerin, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Bonn
(jetzt: Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Dr. Guido Peruzzo

(bis Juni 2007)
Ministerialdirigent, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin
(jetzt: Stv. des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Brüssel)

Cornelia Richter

Abteilungsleiterin, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn

Helmar H. Schaps

(bis Oktober 2007)
Leitender Ministerialrat, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (MWME) des Landes NRW, Düsseldorf (jetzt: Ruhestand)

Hanns-Eberhard Schleyer

Generalsekretär, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Berlin

Dr. Sabine Weyand

(bis Juni 2008)
Kabinettschefin des Entwicklungskommissars der Europäischen Kommission in Brüssel
(jetzt: Beraterin im Kabinett des Präsidenten der Europäischen Kommission in Brüssel)

Herausgeber

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH (DIE)
Tulpenfeld 6
53113 Bonn
Deutschland

Telefon: +49 (0)228-94927-0
Telefax: +49 (0)228-94927-130
E-Mail: DIE@die-gdi.de
Internet: www.die-gdi.de

Redaktion

Matthias Ruchser
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweise

Seiten 4, 17, 23, 27, 31, 35, 39, 53, 57:
Fotodesign Doreen Kuehr, Troisdorf im Auftrag des DIE
Seite 6: BMZ,
Seite 8: MGFFI NRW,
Seiten 3, 11, 18, 40, 55, 59: dpa Picture-Alliance
Seiten 46, 66: Getty Images
Seite 55: Reuters Pictures

Gestaltung

weissbunt, design und kontext, Berlin

Redaktionsschluss

Dezember 2008

Copyright

© Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2008